

Westfälische Historiker des 19. Jahrhunderts in Österreich, Bayern und der Schweiz

Von Heinz Gollwitzer

Die Mobilität unseres Daseins und die internationale Kommunikation sind so überwältigende Mächte geworden, daß heute die entscheidende geistige Prägung eines Menschen durch sein landschaftlich-heimatliches Milieu kaum mehr angenommen werden kann. Im 19. Jahrhundert, von früheren Zeiten ganz zu schweigen, verhielt es sich noch anders, und wer daran geht, die intellektuelle Physiognomie von Einzelpersonlichkeiten oder Gruppen aus dieser Epoche nachzuzeichnen, wird gut daran tun, unter anderem auch den regionalen Gesichtspunkt zu berücksichtigen¹.

Die folgenden Ausführungen stellen den Versuch dar, ein Kapitel landschaftlich orientierter Gelehrtengeschichte zu schreiben. Seine Besonderheit liegt darin, daß es sich zwar im wesentlichen außerhalb Westfalens abspielt hat, in seinem Verlauf jedoch durch westfälische Ursprünge und Ausgangssituationen bestimmt blieb. Einmal soll ein Beitrag zur Geistes- und Bildungsgeschichte des westfälischen Raumes geleistet werden, die bisher noch nicht zusammenfassend behandelt werden konnte, obschon beachtliche Anläufe vorliegen. Zum anderen geht es darum, über eine verhältnismäßig leicht überschaubare Berufsgruppe Einblicke auch in die politische Vorstellungswelt Westfalens im 19. Jahrhundert zu gewinnen. Das biographische Interesse, das wir an den Lebensläufen westfälischer Historiker nehmen, ist also kein unmittelbar personengeschichtliches, sondern wir möchten im Besonderen das Allgemeine erkennen, möchten die geistig-soziale Struktur des gebildeten Westfalen einer vergangenen Epoche besser verstehen lernen. Um dies zu erreichen, könnte man unter dem Motto »Der Mann und sein Werk« das Opus der in Frage stehenden Historiker fachwissenschaftlich analysieren. Es ist selbstverständlich, daß man von der gelehrten Leistung dieser Männer nicht absehen kann, doch steht für unsere Zwecke ein anderes Verfahren im

¹ Zum Begriff der historisch-politischen Landschaft vgl. H. Gollwitzer, Die politische Landschaft in der deutschen Geschichte des 19./20. Jahrhunderts. Eine Skizze zum deutschen Regionalismus (Land und Volk, Herrschaft und Staat in der Geschichte und Geschichtsforschung Bayerns. Hrsg. K. Bosl, München 1964 S. 523 bis 552) u. K.-G. Faber, Was ist eine Landschaftslandschaft? (Festschrift Ludwig Petry, I, Wiesbaden 1968 S. 1-28).

Vordergrund: wir bemühen uns, geistige Entwicklung, gesellschaftliche Position und politisches Engagement wechselseitig zu erhellen. Nicht eine am Gang der Theorien oder der Forschungsleistung sich ausrichtende Wissenschaftsgeschichte, sondern sozialhistorisch orientierte Gelehrten- und Intelligenzgeschichte wird im folgenden betrieben. Wünscht man Aussagen über die Stellung einer Intelligenzschicht im und zum öffentlichen Leben zu erhalten, so eignen sich Historiker dazu als Probanden wohl besonders. Bei ihnen darf man schon von Berufs wegen ein gesteigertes Maß an Reflexion über gesellschaftlich-politische Verhältnisse voraussetzen.

Wir beschränken uns auf Geschichtsschreiber, die Söhne der in der preußischen Provinz Westfalen aufgegangenen geistlichen Fürstentümer und daher Katholiken waren². Es zeigt sich bei der Mehrheit von ihnen, daß die Konfession *ursprünglich* und in der Regel ihren geistigen Horizont und ihre Bildungsorientierung ausschlaggebend mitbestimmte und gleichzeitig auf der gesellschaftlich-politischen Ebene als integrierender Faktor ein Zusammengehörigkeitsbewußtsein erzeugte. Und wenn diese Gelehrten, was sich bei einer Anzahl von ihnen zutrug, mit ihrer Kirche in Kollision gerieten, so entstand daraus ein ihre Lebensmitte treffender und gefährdender Konflikt. Ausgelöst wurden solche Konflikte u. a. von der Verkündung des Infallibilitätsdogmas im Jahre 1870 und den damit zusammenhängenden Ereignissen. Vorher sahen sich die katholischen Gebildeten Westfalens jedoch weniger durch innerkirchliche Konflikte als durch Spannungen in Mitleidenschaft gezogen, die zwischen ihnen und dem Königreich Preußen bestanden, das sich in seinen maßgebenden Repräsentanten als protestantisches Staatswesen verstand. Auch zu diesem Sachverhalt sind einige Bemerkungen vorauszuschicken.

Von einer einheitlichen Linie der Behandlung der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung durch die preußischen Regierungen des 19./20. Jahrhunderts läßt sich nicht sprechen. Die Dinge sahen z. B. unter Friedrich Wilhelm IV. anders aus als unter Friedrich Wilhelm III., und selbst zur Regierungszeit dieses Hohenzollern machte es wiederum einen erheblichen Unterschied aus, ob ein Minister Schuckmann oder ein Minister Altenstein in den kirchlich-konfessionellen Angelegenheiten zu bestimmen

² In zwei Fällen finden Historiker aus der nächsten Nachbarschaft der preußischen Provinz Erwähnung, nämlich Franz Kampers, geb. 1868 zu Oesede bei Osnabrück, der seine Studien in Münster begann und in Finke und später (zu München) in Grauert seine wichtigsten Lehrer gefunden hat, und A. Gottlob, geb. 1857 zu Volkmarsen (Regierungsbezirk Kassel), der in Warburg absolvierte und ebenfalls ein Semester in Münster verbrachte. Die Aufnahme beider geht nicht etwa auf Stammesgesichtspunkte zurück, sondern nur auf die Tatsache, daß sie im Westfälischen zur Schule gingen und zu studieren begannen und so in den entscheidenden Entwicklungsjahren ganz dem westfälisch-katholischen Raum zuzuordnen sind. Nicht genannt wurde der in Meppen 1868 geborene und in Papenburg und Osnabrück aufgewachsene Karl Brandt. Er empfand zwar Westfalen als seine engere Heimat, gehörte aber trotz katholischer Konfession geistig zu einer anderen Welt als die im folgenden behandelte Gruppe. (Vgl. G. Schnath, Karl Brandt [Niedersächsische Lebensbilder VI, Hildesheim 1969 S. 1–48]).

hatte. Wie sich die Situation während des Kulturkampfes zuspitzte, darf als bekannt vorausgesetzt werden, weniger die Tatsache, daß die preußische Verfassung von 1850 Grundlagen für ein friedlich-positives Verhältnis von Kirche und Staat gelegt hatte und daß später, unter Wilhelm II., die Richtung zum Ausgleich mit nicht unbeträchtlichem Erfolg wieder eingeschlagen wurde. Schließlich ergaben sich ganz verschiedenartige Perspektiven, wenn konfessionelle Fragen in die Ära des sogenannten omnipotenten Beamtenstaates fielen oder in die Epoche, in der die Zentrumspartei mehr und mehr Einfluß auszuüben vermochte. Berücksichtigt man diese Unterschiede, so bleibt doch noch die Frage offen, ob sich nicht hinter den veränderlichen Auffassungen bei Hofe und der wechselnden Praxis der Ministerien eine kontinuierliche preußisch-protestantische Staatstradition ermitteln läßt, der sich das relativ homogene politische Establishment des Landes verpflichtet fühlte. Eine solche Tradition existierte, und es handelte sich dabei um keine singuläre Erscheinung. In einer Zone zwischen dem Staatspatriotismus und den modernen politischen Weltanschauungen hielten sich im 19. Jahrhundert noch konfessionell-politische Traditionen, denen man eine Art staatsideologischer Funktion beilegte. In dialektischer Weise sublimierten sie das Politische ins Kirchlich-Religiöse und nützten das Kirchlich-Religiöse zur Konsolidierung des Politischen. Protestantische wie katholische Staatsideologien konnten im übrigen konservativ oder progressiv interpretiert werden. Artikel 16 der Bundesakte hatte zwar allen Angehörigen der christlichen Konfessionen im Deutschen Bund Freiheit der Ausübung ihres religiösen Bekenntnisses zugesichert, aber dies bedeutete nicht, daß nicht weiterhin hier der evangelische, dort der katholische Charakter eines Staatswesens mit politischen und administrativen Mitteln aufrecht erhalten wurde.

Wie der preußische Kultusminister Altenstein das Verhältnis des Staates zu den beiden großen Konfessionen sah, geht aus einer seiner Denkschriften vom Jahre 1819 hervor: »Der preußische Staat ist ein evangelischer Staat und hat über ein Drittel katholische Untertanen. Das Verhältnis ist schwierig. Es stellt sich richtig dar, wenn die Regierung für die evangelische Kirche sorgt mit Liebe, für die katholische Kirche sorgt nach Pflicht. Die evangelische Kirche muß begünstigt werden, die katholische Kirche soll nicht zurückgesetzt werden und es wird für ihr Bestes pflichtgemäß gesorgt«³. Das hieß zwar, daß der Kultusminister nach den Worten eines den kirchlichen Standpunkt vertretenden zeitgenössischen Historikers »entschlossen eine Politik angemessenen Spielraums für die katholische Kirche gegen die kleinteiligen Reglementierungswünsche der Absolutisten« vertrat⁴, aber es hing schließlich alles an der ministeriellen Auslegung des Begriffs »angemessen«, und daß der Protestantismus seitens der Obrigkeit als das eigentlich staatstragende Element angesehen wurde, ist den Worten Altensteins eindeutig

³ E. Müsebeck, *Das preußische Kultusministerium vor hundert Jahren*, Stuttgart u. Berlin 1918 S. 281.

⁴ W. Lippens, *Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat 1789–1835*, I, Münster 1965 S. 233.

zu entnehmen. Alles in allem kann man davon ausgehen, daß der Führungsschicht des Königreichs bis zum Ende der Monarchie die preußisch-protestantischen Traditionen und, je kaiserlich-reichischer man später wurde, der Begriff des evangelischen Kaisertums viel bedeuteten und man sich in der Praxis davon weitgehend bestimmen ließ.

Hervorzuheben ist, daß es sich bei dieser Einstellung Preußens nicht um eine Ausnahme handelte, sondern um bei den meisten europäischen Staaten des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus mehr oder minder festzustellende, mit der jeweiligen konfessionellen Überlieferung und dem staatskirchlichen Prinzip zusammenhängende Regierungsmaximen; Preußen fiel keineswegs aus dem Rahmen der damaligen Konfessionspolitik und in vielen Fällen sahen sich bekennnismäßige Minderheiten in einer ungünstigeren Lage als im Hohenzollernstaat.

Man darf allerdings die Stellung des katholischen Elements in Preußen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der offiziellen Staatspolitik und der vom Staat ergriffenen Maßnahmen sehen. Die Schicksale einer konfessionellen Minorität hängen nicht zuletzt von der durch sie selbst entfalteten Initiative und Aktivität und von der Art und Weise ab, wie sie für die Konkurrenz mit anderen geistigen und gesellschaftlichen Mächten im öffentlichen Leben gerüstet ist. Sie hängen des weiteren ab von ihrem Verhältnis zum Zeitgeist, von der Anpassungsfähigkeit der von ihr aufgestellten Werteskala und des von ihr entwickelten Bildungssystems an den jeweils erreichten Stand des Geisteslebens und der sozialökonomischen Situation. Gerade in Konfliktfällen wird man zu untersuchen haben, ob etwa die in der Gruppenmentalität angelegten mit den von außen bereiteten Schwierigkeiten korrespondieren.

Unzutreffend wäre es schließlich, das katholische Westfalen des 19. Jahrhunderts gesinnungsmäßig als eine schlechterdings geschlossene Größe oder gar als einen monolithischen Block anzusehen. Gerade an den in diesem Zeitraum im Lande wirkenden Historikern läßt sich nachweisen, wie stark auch Aufklärung, idealistischer Neuhumanismus, Historismus der Mörserschen Richtung und nationaler Liberalismus in die Bildungsschicht eingedrungen waren. Und die kontinuierlich überwiegende konservativ-katholische Tradition weist ihrerseits eine große Variationsbreite auf und gelangte von Phase zu Phase zu jeweils neuen Schwerpunktbildungen.

Die Beschäftigung mit katholischen Historikern Westfalens im 19. Jahrhundert wirft die Frage auf, wie es sich bei diesen Gelehrten mit den akademischen Berufschancen im Königreich Preußen verhielt. Läßt man die Universitäten und Akademien des preußischen Staates Revue passieren, so ergibt sich, daß dem preußischen Staat daran lag, ein gewisses, allerdings nicht eben hohes Soll zugunsten der katholischen Landesteile zu erfüllen und auf jeden Fall die geordnete akademische Ausbildung des Nachwuchses an Geistlichen und ebenso das im konfessionellen Rahmen konzipierte Studium der Gymnasiallehrer zu gewährleisten. In Münster, dessen Fürstenbergische Universität aufgelöst worden war, hatte man seit 1818 eine aus zwei Fakul-

täten bestehende theologisch-philosophische, faktisch zunächst ausschließlich katholische höhere Lehranstalt für Westfalen errichtet⁵, desgleichen im selben Jahr in Braunsberg für das Ermland und andere katholische Gebiete im Osten der Monarchie⁶. In Bonn und Breslau existierten katholisch-theologische Fakultäten, und innerhalb der philosophischen Fakultäten waren dort erst de facto, später auch de jure je ein philosophischer und ein historischer Lehrstuhl Katholiken vorbehalten⁷. Als Münster zur Universität erhoben wurde, hat man diese Regelung in der Weise übernommen, daß für beide Konfessionen je ein philosophischer und ein historischer Lehrstuhl reserviert bleiben sollten. Erst durch die Universitätsverfassung vom Jahre 1970 ist dieser Bestandteil der früheren Satzung, offenbar ohne daß er zu diesem Zeitpunkt von irgendeiner Seite noch verteidigt worden wäre, eliminiert worden. Welche Auseinandersetzungen die Einrichtung eines katholischen Geschichtslehrstuhls in der unter preußischer Regie stehenden Universität Straßburg im Jahre 1901 hervorrief (»Fall Spahn«), ist bekannt⁸.

An den Universitäten Königsberg, Halle, Greifswald, Berlin, zu denen 1864/66 noch Kiel, Marburg und Göttingen kamen, bestanden für katholische Gelehrte lange Zeit nur geringe Aussichten, zumindest in den als politisch-weltanschaulich relevant geltenden Fächern der Philosophie und Geschichte. Bei einigen Hochschulen haben bis tief ins 19. Jahrhundert hinein die Statuten vorgesehen, daß der Inhaber einer Professur protestantischen

⁵ Vgl. A. Pieper, Die alte Universität Münster 1773–1818, Münster 1902; K. Spanngel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster i. W., in: Das akademische Deutschland, hrsg. v. M. Doeberl u. a. I, 1930 S. 343–348; A. Eitel, Von der alten zur neuen Universität, Münster 1954, und E. Hegel, Geschichte der katholisch-theologischen Fakultät Münster 1773–1964, I, Münster 1966. Zur Geschichte der Geschichtswissenschaft an der Universität Münster ist eine Dissertation meines Schülers B. Mütter in Bearbeitung.

⁶ Vgl. E. Brachvogel, Braunsberg, Akademie, in: LThK II, ²1958 Sp. 656 f.; E. Maschke, Braunsberg, in: RGG I, ³1957 Sp. 1388–1390; J. Bender, Geschichte der philosophischen und theologischen Studien in Ermland, Braunsberg 1868; B. Stasiewski, Die geistesgeschichtliche Stellung der katholischen Akademie Braunsberg 1568–1945, in: Arbeitsgemeinschaft f. Forschung des Landes NRW, Wissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 30, Opladen-Köln 1963 S. 41–58.

⁷ Vgl. H. J. Floß, Denkschrift über die Parität an der Universität Bonn mit einem Hinblick auf Breslau und die übrigen preußischen Hochschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert. Mit Beilagen, Freiburg 1862; W. Lossen, Der Anteil der Katholiken am akademischen Lehramt in Preußen, Köln 1901 (mit Hinweisen auf die ältere Literatur); F. v. Bezold, Geschichte der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn 1920 S. 395 f.; G. May, Die mit Katholiken zu besetzenden Professuren an der Universität Breslau von 1811–1945 (ZRGs Kan., 54. Bd., Weimar 1968 S. 200–268); 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn 1818–1968. Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaften in Bonn. Geschichtswissenschaften, Bonn 1968.

⁸ Vgl. K. Rossmann, Wissenschaft, Ethik und Politik, Heidelberg 1949; R. Morsey, Zwei Denkschriften zum Fall Martin Spahn (1901) (Archiv für Kulturgeschichte 38, 1956 S. 244 ff.); P. E. Hübing, Das Historische Seminar der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn, Bonn 1963 S. 193 f.

Bekenntnisses sein mußte⁹. Seit Abbau des Kulturkampfes trat eine allmähliche Veränderung der Verhältnisse ein, und es finden sich auch an den sogenannten protestantischen Universitäten Preußens schon Jahrzehnte vor

⁹ Aus Anlaß dieses Aufsatzes veranstaltete ich in den Archiven ehemals preußischer Universitäten in der BRD und der DDR eine Umfrage betr. statutenmäßige Festlegung der Konfessionszugehörigkeit bei Besetzung von Professuren und insbesondere die Wahrnehmung von Lehrstühlen der Geschichte durch Nichtprotestanten. Von Interesse war in diesem Zusammenhang selbstverständlich nur die Fortdauer des konfessionellen Prinzips während des 19. und 20. Jahrhunderts. Die daraufhin unternommenen Nachforschungen waren mit erheblichen technischen und gelegentlich auch mit Schwierigkeiten anderer Art verbunden, wurden jedoch mit großem Entgegenkommen angestellt. Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle allen an den Nachforschungen Beteiligten meinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Das Ergebnis läßt sich, wie folgt, zusammenfassen:

1. Zu den Universitäten Bonn, Breslau und Münster vgl. die in diesem Aufsatz bereits gemachten Angaben.

2. Universität Berlin: »Statuten, die die konfessionelle Besetzung von Lehrstühlen auch außerhalb der theologischen Fakultät regelten, konnten nicht ermittelt werden« (Schreiben des Archivs der Humboldt-Universität vom 2. II. 1971 an den Vf.).

3. Universität Halle-Wittenberg: § 4 der Statuten von 1854 sah vor, entsprechend dem Stiftungscharakter nur Lehrer und Beamte evangelischer Konfession anzustellen. Nach Minister-Erlaß vom 30. XII. 1885 sollte dieser Paragraph, »soweit tunlich«, auch auf die Anstellung von Assistenten Anwendung finden. »De jure blieb dieser Zustand erhalten bis zum Inkrafttreten des Statuts der hiesigen Universität vom 15. VII. 1930.« Doch erfolgte 1921 in der philosophischen Fakultät die Berufung eines katholischen Ordinarius (Schreiben des Archivs der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an den Vf. vom 12. II. 1971 mit Auszügen aus den Statuten). Vgl. ferner W. Schrader, Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle, I, Berlin 1894 S. 74. Unberücksichtigt blieb bei der Auskunft die Ernennung Rachfahls zum a. o. Professor in Halle 1898.

4. Universität Königsberg: G. v. Selle, Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen, Königsberg 1944 S. 226 ist zu entnehmen, daß einschlägige konfessionelle Statuten bestanden. Andererseits war König Friedrich Wilhelm III. Anfang des 19. Jahrhunderts nicht abgeneigt, sich bei der Bewerbung des katholischen Historikers v. Baczko über die Bestimmungen hinwegzusetzen, und der Universitäts-Kurator v. Auerswald, der aus anderen Gründen von einer Berufung Baczkos abriet, erklärte, es sei in diesem Zusammenhang »seine katholische Konfession unerheblich«. Vgl. ferner Selle, a. a. O. S. 201 f. über die Pläne zur Errichtung einer katholischen Fakultät in Königsberg (mit Quellen- und Literaturangaben). Zum konfessionellen Aspekt der Berufung Rachfahls als Ordinarius nach Königsberg vgl. A. O. Meyer, Felix Rachfahl (Zschr. d. Ges. f. Schleswig-Holstein. Gesch. 55, Kiel 1926 S. III).

5. Greifswald: Statutenmäßig keine Festlegung, aber faktisch kamen offensichtlich für philosophische Lehrstühle nur Protestanten in Frage. (Schreiben des Universitätsarchivs der Ernst-Moritz-Arndt-Universität an den Vf. vom 7. VI. 1971).

6. Göttingen: »An der Universität in Göttingen war niemals statutarisch oder sonst normativ festgelegt, daß die Professoren protestantischen Bekenntnisses sein mußten« (Schreiben des Universitätsarchivs Göttingen an den Vf. vom 26. I. 1971). Ein katholischer Historiker vor Brandt konnte indessen nicht nachgewiesen werden.

7. Marburg: »Soweit bisher festzustellen war, ist das Statut von 1653 trotz der inzwischen de facto eingetretenen Veränderungen nicht aufgehoben worden. Es

dem Fall der Monarchie katholische Historiker, allerdings anscheinend nur solche, die von ihrer Konfessionszugehörigkeit wenig Aufhebens machten¹⁰.

Die Konfessionalisierung bestimmter Lehrstühle an den philosophischen Fakultäten preußischer Universitäten, die auf einer völlig anderen Rechtslage beruhte als die spätere Einrichtung von Konkordatsprofessuren in Bayern und Baden, konnte sich als zweischneidiges Schwert erweisen. Sie garantierte zwar einen gewissen konfessionellen Besitzstand, ließ sich aber auch in der Weise auslegen, als ob in den betreffenden Fächern weitergehende personelle Ansprüche nicht erhoben werden sollten. Ganz abgesehen von der Problematik der konfessionellen Festlegung nichttheologischer Disziplinen ließ sich eine die Befähigung ohne Rücksicht auf die Konfession in den Vordergrund stellende und gerade durch die Eliminierung des konfessionellen Gesichtspunkts keiner Konfession mehr Unrecht tuende Berufungspolitik besser praktizieren, wenn man nicht gebunden war.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß von einer tatsächlich paritätischen Politik Preußens nicht die Rede sein konnte. Was durch Untersuchungen auf dem Gebiet der Verwaltungspolitik nachgewiesen wurde¹¹, trifft nicht minder für die Bildungspolitik und insbesondere für das Hochschulwesen zu, zumal die Akademien zu Münster und Braunsberg trotz Promotions- und

wurde erst durch das neue Statut ersetzt, das 1885 durch den König von Preußen als Rechtsnachfolger erlassen wurde und in dem die älteren Statuten mit allen ergänzenden und abändernden Vorschriften außer Kraft gesetzt wurden. Nach § 2 wurden die von dem Stifter und seinen Nachfolgern, insbesondere dem Erneuerer der Universität, Landgraf Wilhelm VI., erteilten Privilegien und Freiheiten, »in so weit, als dieselben noch bestehen und mit der gegenwärtigen Staatseinrichtung vereinbar sind«, bestätigt. Dieser Satz bezieht sich also direkt auf das Statut von 1653, wobei die einschlägigen Bestimmungen des Titels 4 offensichtlich als nicht mehr bestehend zu betrachten waren« (Schreiben des Hessischen Staatsarchivs Marburg an den Vf. vom 14. IV. 1971). Das Marburger Schreiben zählt einzelne Ausnahmen auf, die man in Marburg vor der preußischen Zeit gemacht hat. Katholische Historiker waren davon jedoch nicht betroffen.

8. Kiel: Nach Auskunft von Herrn Kollegen Karl Jordan, Kiel (Schreiben vom 21. II. 1972) »war die Universität bei ihrer Gründung im Jahre 1665 naturgemäß auf das evangelisch-lutherische Bekenntnis festgelegt, wenn dies auch in den ältesten Universitäts- und Fakultätsstatuten nicht ausdrücklich vermerkt ist«. Als erster Katholik scheint sich Rachfahl an der Philosophischen Fakultät in Kiel habilitiert zu haben. 1909 wurde er nach Kiel als Ordinarius berufen. Über (milde) Einwände gegen eine Berufung Aloys Schultes auf ein Kieler Extraordinariat vgl. K. Jordan, Holder-Egger und der Plan seiner Berufung nach Kiel (Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters, 17. Jg., Köln-Graz 1961 S. 542, Anm. 11 und 13).

¹⁰ Als Beispiele wären anzuführen P. Scheffer-Boichorst, 1890–1902 Ordinarius in Berlin, K. Brandt, 1897 a. o. Prof. in Marburg, 1902–1946 o. Prof. in Göttingen oder F. Rachfahl, Extraordinarius und Ordinarius an mehreren preußischen und nichtpreußischen Universitäten.

¹¹ Vgl. A. Grunenberg, Das Religionsbekenntnis der Beamten in Preußen I (Die höheren staatlichen Beamten) Berlin 1914; A. Klein, Die Kölner Regierungspräsidenten 1816–1966, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, Berlin 1966 S. 62–121; ders., Die Personalpolitik der Hohenzollernmonarchie bei der Kölner Regierung, Düsseldorf 1967; D. Wegmann, Die leitenden staatlichen Verwaltungsbeamten der Provinz Westfalen 1815–1918, Münster 1969.

Habilitationsrecht nicht als gleichwertig mit den Universitäten des Staates anzusehen waren. Es sei jedoch wiederholt, daß in der Ära Wilhelms II. manches auf eine bevorstehende grundsätzliche Änderung in konfessionspolitischer Hinsicht, auch auf dem Gebiet der Verwaltung und der akademischen Welt, hindeutete.

Was unser spezielles Thema betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß aus der katholischen Bevölkerung Westfalens im 19. Jahrhundert eine ganz beträchtliche Anzahl von Historikern hervorgegangen ist. Nicht wenige von ihnen haben sich zeitweise oder lebenslang an preußischen Akademien oder Universitäten etabliert. Unter denjenigen, die außer Landes gingen und die im folgenden zu behandeln sind, befand sich nur einer, von dem man behaupten kann, daß die preußische Regierung seiner akademischen Laufbahn im eigenen Lande einen Riegel vorgeschoben hat. Und da geschah es nachweislich nicht aus konfessionellen, sondern aus politischen Gründen: Franz Löher hatte sich 1848/49 als entschiedener Demokrat in Berlin mißliebig gemacht¹². Bei der Mehrzahl der übrigen Historiker lagen Rufe und Angebote von seiten der preußischen Regierung vor, und einige sind auch nach Preußen zurückgekehrt. So sehr man hervorheben muß, daß die Chancen katholischer Historiker in Preußen geringer waren als die ihrer nichtkatholischen Fachgenossen, so läßt sich andererseits von der hier behandelten Gruppe im allgemeinen nicht behaupten, daß sie die berufliche Aussichtslosigkeit schlechthin genötigt hätte, außer Landes zu gehen. Eher war es ihre Abneigung gegen das preußische System, die es ihnen nahelegte, Gelegenheiten wahrzunehmen, die sich ihnen außerhalb Preußens anboten. In dem Oppositionskomplex, der hier zutage tritt, durchdrangen sich konfessionelle, landschaftlich-historische, reichspatriotische und national- und verfassungspolitische Motive. Der Exodus mehrerer westfälischer Historiker muß überdies im Zusammenhang mit anderen Emigrationsvorgängen aus der Provinz gesehen werden. Für sich steht die Massenansiedlung von preußischen Wehrpflichtigen aus dem ehemaligen Niederstift Münster in der Provinz Drente (Niederlande). Es handelte sich dabei durchweg um junge Leute aus kleinen Verhältnissen, die sich dem ihnen lästigen Militärdienst entziehen wollten und nicht daran dachten, dies ideologisch zu verbrämen¹³. Eindeutig politisch-ideologisch war hingegen die Tendenz westfälischer Adeliger, die Provinz anlässlich der Ereignisse von 1837, 1866 oder im Zusammenhang mit dem Kulturkampf zu verlassen und sich in Bayern oder Österreich anzukaufen oder in nichtpreußische Dienste zu treten¹⁴. Auch bei einigen namhaften bürgerlichen Familien des Landes ist es aus den gleichen Motiven zur Abwanderung aus Westfalen gekommen.

¹² Zu F. Löher verweise ich auf die demnächst erscheinende, von mir veranlaßte Münstersche Dissertation von K. Hüser, Franz v. Löher (1818–1892), 1969.

¹³ Vgl. H. J. Prakke, Deining in Drenthe, Assen 1969 S. 98 f. Bei der hier in Betracht kommenden Gruppe handelte es sich allerdings um ehemalige Bewohner zunächst des Königreichs, dann der Provinz Hannover.

¹⁴ Im Nachlaß Ludwigs I. von Bayern im Geheimen Hausarchiv München finden sich Hinweise auf die Absichten westfälischen Adels, sich auf Grund der Er-

I. Österreich

Franz Bernard von Bucholtz (1790–1838)

Reichspatriotischer Traditionalismus und katholisches Bekenntnis haben dem österreichischen Kaiserstaat bis tief in das 19. Jahrhundert hinein die Sympathien vieler Westfalen erhalten, und dies gilt auch für eine Anzahl westfälischer Historiker. Der erste westfälische Geschichtsschreiber, der in österreichische Dienste trat, war kein Hochschullehrer, sondern ein erst in der Bundestagskanzlei und später in der Wiener Staatskanzlei beschäftigter Beamter und Publizist. Franz Bernard von Bucholtz¹⁵ entstammte einer reichen bürgerlichen Gutsbesitzerfamilie des Münsterlandes, deren Hauptsitz das landtagsfähige Gut Welbergen gewesen ist. 1817 erreichte es Bucholtz, in den österreichischen Ritterstand erhoben zu werden; doch hatten er und seine Mutter sich schon längere Zeit vorher des Adelstitels bedient. Bucholtz war Patenkind der Fürstin Gallitzin und des Ministers und Generalvikars Franz Freiherr von Fürstenberg; sein Vater Franz Kaspar Bucholtz zählte zu den Mitgliedern der »Familia Sacra«¹⁶. Der junge Bucholtz ist noch von Ausstrahlungen des in seine Spätphase eingetretenen Gallitzinkreises erreicht worden; nachweisbar hat Graf Friedrich Leopold Stolberg Einfluß auf ihn ausgeübt. Bestimmender noch als die unpolitische Geistigkeit des Gallitzinkreises dürfte sich auf ihn die landschaftlich-konfessionell orientierte Defensivhaltung ausgewirkt haben, die angesichts der Französischen Revolution, der Veränderung der deutschen Landkarte durch die napoleonischen Kriege und infolge der Säkularisation und Desorganisation der Kirche die Kreise, in denen er sich bewegte, ergriffen hatte. Die im deutschen Ancien régime verwurzelte Oppositionsstimmung des Bucholtz'schen Milieus gewann ihre über den regional-westfälischen Bereich hinausgehenden Dimensionen durch ihre Verbindung mit dem europäischen Katholizismus und ihre Einbettung in eine romantisierende, historisch-nationale, reichische, antinapoleonische, aber auch antipreußische Strömung. Nach Studienjahren in Münster und Göttingen trat Bucholtz 1813 in österreichische Dienste. Ein Neffe Stolbergs,

eignisse von 1837 in Bayern anzukaufen. Als Vorläufer ist Werner Freiherr von Haxthausen zu erwähnen, der 1833 die Salzburg bei Bad Neustadt in Franken erwarb (W. Schulte, *Westfälische Köpfe*, Münster 1963 S. 108). Über diesbezügliche Erwägungen der Brüder Mallinckrodt und einiger ihrer Standesgenossen 1866 vgl. H. Müller, *Der deutsche politische Katholizismus in der Entscheidung des Jahres 1866* (Blätter zur pfälzischen Kirchengeschichte und religiösen Volkskunde 33, 1966 S. 62). Anders O. Pfülf, Hermann v. Mallinckrodt, Freiburg 1899 S. 367 f.

¹⁵ P. Franke, Franz B. von Bucholtz bis zu seiner Übersiedlung nach Wien, Bonner Diss., Düsseldorf 1932, und J. G. Gf. v. Merveldt, Franz Bernhard Ritter von Bucholtz. Leben und Wirken im Mannesalter (1818–1838), Münstersche Diss. (masch. schriftlich) 1955.

¹⁶ Vgl. E. Reinhard, Franz Caspar Bucholtz. Der Gönner Hamanns (Auf roter Erde, 13. Jg., Münster 1954, Nr. 9 S. 70 f. und 10 S. 79 f.); ders., Die münsterische »Familia sacra«, Münster 1953; P. Brachin, *Le cercle de Münster (1779–1806) et la pensée religieuse de F. L. Stolberg*, Lyon, Paris 1952.

der dänische Gesandte am österreichischen Hof, Graf Christian Günther Bernstorff, ebnete ihm in Wien viele Wege. Der junge Bucholtz wünschte in größere Verhältnisse einzutreten, als sie ihm das heimische Westfalen bieten konnte, das damals überdies unter französischer Herrschaft stand. Seine deutschpatriotische Einstellung ließ bei ihm den Gedanken, sich mit dem französischen System zu arrangieren, gar nicht aufkommen. Gab es in dieser Hinsicht von vornherein weder Zweifel noch Schwanken, so hatte der junge Westfale, der 1814 wieder preußischer Untertan geworden war, doch ernsthaft die Alternative zu erwägen, ob er eine Laufbahn in preußischen oder in österreichischen Diensten einschlagen sollte. Ob es nicht das Richtige wäre, sich dem Freiherrn vom Stein zur Verfügung zu stellen, hat sich Bucholtz, der Umgang mit dem preußischen Reformler hatte und in Wien in Humboldts Haus verkehrte, tatsächlich kurze Zeit überlegt. Aber seine konfessionelle und seine reichspatriotische Orientierung, beides unlöslich verbunden mit der hochstiftisch-münsterländischen Umwelt, die ihn geprägt hatte, ließen ihn bald endgültig für Österreich optieren, obschon dessen josefinische Staatswirklichkeit mehr Ähnlichkeiten mit der preußischen aufwies als mit den Wunschvorstellungen von Kaisertum und christlich-ständischer Ordnung, denen Bucholtz anhing. Wenn Bucholtz' Mutter, eine geborene von Detten, ihrem Sohn anlässlich des 1813 erfolgten Wiedereinzugs preußischer Truppen in Münster schrieb: »Den lieben Österreichern würde man ganz anders entgegenjubeln . . .« oder wenn es in einem anderen ihrer Briefe hieß: »Preußen zu dienen ist unmöglich, weder als Katholik noch als Münsteraner . . .«¹⁷, so geben diese Worte deutlich einer Mentalität Ausdruck, die im Münsterland damals verbreitet war und die der junge Bucholtz, der sich noch während seiner preußischen Staatszugehörigkeit der preußischen Militärdienstpflicht entzog, ohne Zweifel teilte. Bucholtz begann seine amtliche Tätigkeit an der Präsidialkanzlei des Frankfurter Bundestages, seit Ende 1815 als enger Mitarbeiter des ihm befreundeten Friedrich Schlegel¹⁸. Waren nun schon die Frankfurter Wirkungsmöglichkeiten Schlegels sehr gering, so kann man erst recht die politische Potenz seines Adlatus gleich Null setzen. Dagegen spielte der junge Legationscommis innerhalb der katholischen Bewegung Deutschlands eine gewisse Rolle als Verbindungsmann zwischen den Kreisen in Frankfurt, Münster und Wien. Daneben setzte er unbefangene seine Beziehungen zu Stein fort, mit dem er sich offen aussprach und dem gegenüber er auch den Plan einer katholischen Universität in Preußen entwickelte, dem Stein nicht prinzipiell ablehnend gegenübergestanden zu haben scheint. Es ging auf Stein zurück, daß Ende 1816 ein Angebot des aus Münster stammenden Staatsrats Schmedding an Bucholtz erfolgte, eine Professur an der Universität Breslau oder an einer anderen preußischen Universität oder Akademie anzunehmen. Schmedding sprach in diesem Zusammenhang dem Landsmann gegenüber auch von Münster: »Das Los unserer vaterländischen Akademie ist noch unentschieden; jedoch besteht die Hoffnung, sie

¹⁷ *Franken*, a. a. O. S. 50.

¹⁸ Vgl. J. Bleyer, Friedrich Schlegel am Bundestage in Frankfurt. 1815–1818, München 1913.

ganz oder teilweise in veredelter Form erhalten zu sehen«¹⁹. Bucholtz stand damals noch die diplomatische Karriere vor Augen. Als er sich ein Jahr später in den Sturz Schlegels verwickelt sah, hat er – vorübergehend – seinerseits an Bewerbung um eine akademische Unterbringung in Preußen gedacht. Indessen verblieb er im österreichischen Staatsdienst, in dem er freilich über eine sehr bescheidene Rolle nie hinausgelangte. Nicht unerheblich waren jedoch die Dienste publizistischer und redaktioneller Art, die Bucholtz dem Kaiserstaat erwies.

Ein Zusammenhang zwischen seinen politischen Veröffentlichungen und seinen Arbeiten als außerhalb der Zunft stehender Historiker läßt sich unschwer herstellen. Geschichte war von Jugend an Bucholtz' Lieblingsstudium, und während seiner Frankfurter Zeit begann er, zunächst als Übersetzer, dann auch als Sammler, Darsteller und Planer sich aktiv dieser Wissenschaft zuzuwenden. Sein Interesse gehörte anfänglich der mittelalterlichen Geschichte, und das Ergebnis dieser Periode ist eine unter dem Titel »Lambertus von Aschaffenburg, Geschichte der Deutschen« erschienene Übersetzung des Lambert von Hersfeld »nebst Bruchstücken aus Chroniken und einer Einleitung zur Kenntnis des deutschen Mittelalters und Kaisertums« (Frankfurt a. M. 1819). Während seiner Wiener Amtsperiode wandte er sich der neueren Geschichte zu, und es ist gewiß kein Zufall, daß er sich Ferdinand I. und dessen Politik zum Hauptgegenstand seiner Forschungen wählte. Erlaubte es ihm dieses Thema doch, zur Reformation und zu allen die Neuzeit bestimmenden Ereignissen und Strömungen Stellung zu nehmen und als Mitstreiter der katholischen Erneuerungsbewegung des 19. Jahrhunderts im Zeichen einer sich wieder schärfer ausprägenden Konfessionalisierung die gegenreformatorische Überlieferung innerhalb des katholischen Geschichtsbilds mit neuen Konturen zu versehen. Bucholtz ist auf keinem Gebiet über mediokre Leistungen hinausgelangt. Doch nötigt die Art und Weise, wie er sich schließlich auf ein neunbändiges Lebenswerk, die Geschichte Ferdinands I., konzentriert hat, Respekt ab²⁰. Wissenschaftlich längst überholt und schon zur Zeit seines Erscheinens keineswegs ein beispielhaftes Werk, ist Bucholtz' Opus magnum doch ein wissenschaftsgeschichtlich und geistesgeschichtlich aufschlußreiches Zeugnis. Bucholtz, den man den Historiker des Hofbauerkreises genannt hat, hat insbesondere in der Einleitung, die er dem ersten Band der Biographie vorausschickte, eine Zusammenfassung dessen in Angriff genommen, was man als die historische Grundauffassung des konservativen deutschen Katholizismus der Restaurationszeit ansehen darf. Wenn man die Pränumerandenliste²¹ studiert, aus der man weniger auf den Leserkreis als auf den Sympathisantenkreis des Autors Schlüsse ziehen kann, so spiegeln sich in ihr nochmals Wien und Münster als Gravitationspunkte in der Bucholtzschen Lebensbahn, obschon die westfälische Komponente inzwischen erheblich zurückgetreten und namentlich der westfälische Adel als Subskribentenkategorie nur mehr mit zwei Namen in Erscheinung getreten

¹⁹ *Franken*, a. a. O. S. 87.

²⁰ F. B. v. *Bucholtz*, *Geschichte der Regierung Ferdinands I.*, 9 Bde., Wien 1831/38.

²¹ *Bucholtz*, a. a. O., I S. III–VI.

war. Lebenslang ist Bucholtz Mittelsmann zwischen den Kreisen katholischer Tradition und Erneuerung in Wien und Münster geblieben. Die Historiker, die wir im Folgenden zu behandeln haben, zählen zur akademisch-professoralen Repräsentanz ihres Faches.

Wilhelm Heinrich Grauert (1804–1852)

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts standen dem allenfalls auftretenden und von politisch-konfessionellen Sympathien eingegebenen Wunsch eines westfälischen Historikers, sich im Habsburgerreich beruflich niederzulassen, stets die dortigen wenig attraktiven akademischen Verhältnisse im Wege. Die Universitäten des Metternichschen Österreich waren in solchem Maße der Gängelung, Reglementierung und Bevormundung preisgegeben, daß ein Ausländer, dem an Lehr- und Meinungsfreiheit gelegen war, es kaum über sich brachte, sich einem solchen Joch freiwillig zu unterwerfen. Ein Umschwung im österreichischen Hochschulwesen erfolgte erst durch die Reformen und die Berufungspolitik des konservativen Grafen Thun²², und damit eröffnete sich auch den westfälisch-katholischen Historikern ein neuer Ausblick. Die erste Berufung eines nichtösterreichischen Historikers an die Universität Wien erreichte alsbald den ersten Inhaber eines Lehrstuhls für Geschichte an der Akademie in Münster: Wilhelm Heinrich Grauert²³. Grauert, in Amsterdam geboren, aber einer sauerländischen Familie entstammend, hatte in Bonn studiert und dort das Vertrauen Niebuhrs gewonnen, der seinen Schüler auf alle nur erdenkliche Weise förderte. Dem Meister der philologisch-kritischen Erforschung der römischen Geschichte verdankte Grauert eine Privatdozentur in Bonn, und auf Fürsprache Niebuhrs ging es zurück, daß das Ministerium Altenstein in Münster eine neue Lehrkanzel für alte Literatur und Geschichte einrichtete, die Grauert 1824 als Extraordinarius bestieg. Grauert, der anfänglich nur in der alten Geschichte gearbeitet hatte, wandte sich in Münster daneben auch der neueren Geschichte zu. In Münster ist sein Hauptwerk »Königin Christine von Schweden und ihr Hof« (Bonn 1837/42) entstanden, ein tüchtiges, aber ohne archivalische Quellenforschung fertiggestelltes Werk. In Grauert schlug eine stark pädagogische Ader. Er ist seinen Lehrverpflichtungen offensichtlich aus innerster Neigung nachgegangen. Bewußt und nachdrücklich hat er seine Lehrtätigkeit auf die Ausbildung künftiger Gymnasiallehrer ausgerichtet. Auf GrauerTs Initiative ist 1839 der Rheinisch-Westfälische Schulmännerverein zustande gekommen, und schon sieben Jahre vorher hatte Grauert

²² Vgl. H. Lentze, Die Universitätsreform des Ministers Grafen Leo Thun-Hohenstein (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Philosophisch-Historische Klasse, Sitzungsberichte, 239. Bd., 2. Abhandlung, Wien 1962).

²³ H. v. Srbik, Ein Schüler Niebuhrs: Wilhelm Heinrich Grauert (Sitzungsberichte der ksl. Akademie der Wissenschaften in Wien, Philosophisch-Historische Klasse, 176. Bd., 4. Abhandlung, Wien 1914 S. 1–63).

Auch für Grauert sei nochmals auf die bevorstehende Diss. B. Müntters verwiesen.

den Historischen Verein zu Münster ins Leben gerufen, der neben dem und keineswegs gegen den Altertumsverein, dessen (allerdings passives) Mitglied Grauert ebenfalls gewesen ist, bis zum heutigen Tag Bestand hat und dessen Aufgabe schon sein Begründer nicht in der landesgeschichtlichen Forschung, sondern, wie Bernd Mütter schreibt, in der Verbindung der »oberen Gesellschaftsschichten der Stadt mit den Vertretern der historischen Disziplin an der Akademie« sah. Im Zeichen des heraufziehenden Historismus erwies sich die Erörterung geschichtlicher Fragen damals offensichtlich als geeignet, um auf dem Boden einer mehr und mehr historisch bestimmten Bildungssphäre geistig integrativ zu wirken und einen gesellschaftlichen Zusammenschluß beruflich sehr unterschiedlich tätiger Menschen herbeizuführen. Grauert sehnte sich allerdings nach einem größeren Wirkungskreis, als ihn die münstersche Akademie bieten konnte, und es ist mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er einen Ruf an eine preußische Universität jederzeit angenommen hätte. Dem stand jedoch seine Konfessionszugehörigkeit im Wege, wie dies schon in Kiel der Fall gewesen war, wo ihn Niebuhr gerne untergebracht hätte. Gleichwohl hat Grauert Münster nicht etwa aus Gründen eines akuten Konflikts oder auch nur allgemeiner Unzufriedenheit mit den preußischen Verhältnissen Anfang 1850 verlassen. Ihm ging es allein um die Ausweitung seiner fachlichen Möglichkeiten. In Wien hat er umgehend die Reform des dortigen Geschichtsstudiums in die Hand genommen und das Historische Seminar der Wiener Universität begründet. In Münster hatte er nur innerhalb des Philologisch-pädagogischen Seminars den akademischen Unterricht der Geschichte ausbauen können, doch waren seinem Eifer und seiner Energie auch in diesem Rahmen Erfolge beschieden. Sein früher Tod am 10. I. 1852 beendete jäh eine sicher mit großen Hoffnungen begonnene Tätigkeit.

Grauert bekannte sich stets zu seiner Kirche, und er hielt sich selbst mit gutem Grund für einen westfälischen Patrioten²⁴. Trotzdem war er atypisch, wenn man von der damals zu Preußen mehr oder minder in ideologischem Widerspruch stehenden und daher von der Hohenzollernmonarchie wegstrebenden westfälischen Historikergruppe als einem Ganzen ausgeht. Grauert's deutschnationale, konstitutionelle, liberal-konservative Auffassungen im Politischen haben diese Sonderstellung allerdings noch nicht begründet, wie sie ihm ja auch innerhalb des münsterschen Establishment nicht im Wege standen. Was zwischen ihm und den Männern wie Ficker und Junk-

²⁴ Vgl. W. H. *Grauert*, *Historisch-philologische Analekten*, Münster 1833, S. V: »Es ist auffallend, daß in gewissen Gegenden Deutschlands alle aus Westfalen stammenden literarischen Produkte in Büchern und Literaturzeitungen entweder aufs unbilligste getadelt oder gänzlich ignoriert werden, während manchen unbedeutenden Schriften aus Gegenden, die einmal im Rufe wissenschaftlicher Kultur stehen, ungebührliches Lob zuteil wird. Es sollte doch jetzt endlich das alte Vorurteil gegen Westfalen schwinden: denn kein Unbefangener und Kundiger wird verkennen, daß Westfalen jetzt auf einer viel höheren Stufe steht als noch vor einigen Dezennien; daß ein wissenschaftliches Streben in ihm lebt und wissenschaftliche Anstalten in ihm blühen, wodurch es in dem gebildeten Deutschland eine sehr würdige Rolle einnimmt.«

mann Fremdheit schuf, war die Tatsache, daß Grauert von einer älteren, neuhumanistisch-klassizistischen Wissenschaftsrichtung bestimmt war und lebenslang bestimmt blieb. Diese Einstellung ließ ihn in Münster wie in Wien harmonisch mit klassischen Philologen zusammenarbeiten, aber sie isolierte ihn, der der antiken Geschichte und speziell der athenischen Poliswelt kanonische Geltung beimaß und geradezu die Unterordnung der Geschichte unter die Philologie, nicht die Kooperation beider, vertrat, von Richtungen, die noch vor der Mitte des 19. Jahrhunderts zu dominieren begannen. Grauert fehlte — sein Enkel Srbik hat dieses Fehlen als ein Merkmal der altliberalen Schule der Historiographie hervorgehoben — die »romantische Wärme für das deutsche Kaisertum und die universale Kirche des Mittelalters als höhere Einheit des Abendlandes«²⁵. Eben diese romantische Wärme aber charakterisierte die Grauert folgende Generation westfälischer Historiker.

Julius von Ficker (1826–1902)

Der berühmteste westfälische Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts, Julius Ficker, der lange Jahrzehnte in Österreich lehrte, gehörte einer jüngeren Generation als Grauert an. Was wir seiner wohldokumentierten Biographie²⁶ entnehmen können, ist im Gegensatz zum Denken und Tun GrauerTs repräsentativ für die historisch-ideologischen und politisch-konfessionellen Motive einer größeren Gruppe seiner landsmännischen Zeit- und Berufsgenossen. Wir wiederholen: bei Ficker wie bei allen anderen hier zu behandelnden Historikerpersönlichkeiten geht es uns nicht primär um die meist schon ausführlich gewürdigte fachwissenschaftliche Leistung, sondern um seine Position im Rahmen einer sozial- und regionalhistorisch zu betreibenden politischen Gelehrten-geschichte.

Ficker stammte von beiden Elternteilen aus angesehenen Arztfamilien. Durch die zweite Ehe seiner Mutter mit dem reichen Vizepräsidenten am münsterschen Oberlandesgericht und letzten Bürgermeister der fürstbischöflichen Stadt Münster, Franz Scheffer-Boichorst, trat Ficker in eine Schicht ein, aus der neben Scheffer-Boichorst Namen wie Schücking, Vagedes, Druffel, Forckenbeck, Duesberg und Freusberg hervorragen und die man mit guten Gründen als eine Beamtenaristokratie bezeichnen kann. Diese Familien waren ausnahmslos katholisch, und es wird z. B. von Fickers Mutter, der Frau Präsidentin, berichtet, sie habe jungen Paaren, die eine Mischehe eingegangen waren und ihr ihre Aufwartung machten, ihr Mißfallen deutlich zu verstehen gegeben. Politisch sah sich die Gruppe jedoch schon durch die Berufsstellung ihrer Häupter veranlaßt, dem preußischen Staat gegenüber eine peinlich korrekte Haltung einzunehmen. Die preußische Regierung bemühte sich ihrerseits mit einem gewissen Erfolg, z. B. durch Nobilitierung, den einflußreichen Kreis für sich zu gewinnen. Auch einige Vertreter

²⁵ H. v. Srbik, *Geist und Geschichte vom deutschen Humanismus bis zur Gegenwart*, I, München und Salzburg 1950 S. 342.

²⁶ J. Jung, *Julius Ficker (1826–1902)*, Innsbruck 1907; auch für das Folgende.

des ritterschaftlichen Adels haben sich früh und bewußt auf die preußische Seite gestellt^{26a}. Im Hause Scheffer-Boichorst war man jedenfalls in jeder Hinsicht, auch über die Kölner Wirren hinaus, staatsloyal gesonnen.

Generationskonflikte wurden damals von seiten der Jugend nicht in den heute üblichen Formen ausgetragen. Trotzdem ließ sich bei dem wohl-erzogenen und dem Elternhaus eng verbundenen jungen Ficker alsbald nicht übersehen, daß ihn der Zeitgeist auf andere Bahnen führte, als diejenigen seiner Eltern es waren. Seine Altersgruppe war in ihrer Jugend spätromantischen Anschauungen aufgeschlossen und zugetan. Die mächtige Zeitströmung des Historismus kam hinzu. So spielte im Denken des jungen Ficker die westfälisch-heimatliche Komponente eine beträchtliche Rolle. Sie schuf Distanz zu dem als protestantisch-rationalistisch empfundenen preußischen Staatswesen. Seine Verbundenheit mit der westdeutschen Geschichtslandschaft, sein Bedauern darüber, daß die Gravitationszentren der Reichspolitik aus dem geschichtserfüllten Westen in die »koloniale« Welt des deutschen Südostens und Nordostens übertragen worden waren, geht deutlich aus dem Vorwort zu seinem Buch »Engelbert der Heilige« hervor, das er als Bonner Privatdozent verfaßt hat: »An den Ufern des Rheins lag einst die Kraft des deutschen Reichs, die Herrlichkeit der deutschen Kirche; von ihr, als der mächtigsten Pulsader, strömte das Leben aus in die einzelnen Glieder des weiten Gebietes, das unsere Könige und Kaiser beherrschten; dort in den großen Erzstühlen des Westens lagen die Schwerpunkte des staatlichen wie des kirchlichen Lebens der deutschen Nation, solange diese noch übermächtig war unter den Völkern des Abendlandes«²⁷. Wir entnehmen diesem und anderen Zeugnissen, daß neben der großdeutschen, reichischen, habsburgischen Position auch die landschaftliche Bindung Fickers als konstitutiv für seine Geschichtsauffassung zu bewerten ist. Freilich war Ficker nicht der Mann, sich in den Schmollwinkel einer sich mehr oder minder bewußt isolierenden Provinzialgeschichte zurückzuziehen. In dem eben zitierten Vorwort heißt es vielmehr: »Aber wahres Leben wird die Provinzialgeschichte immer nur durch die Verbindung mit der Reichsgeschichte erhalten können. So naheliegend und anerkennenswert das Streben ist, die Vorzeit des engeren Kreises der Heimat zu durchforschen, so gern ich eingestehe, daß das mir selbst erst Vorliebe für Geschichte überhaupt erweckte und mich endlich zur ausschließlichen Beschäftigung mit derselben bestimmte, so mag ich doch nicht die Ansicht teilen, daß die Provinzialgeschichte Wert und Vollendung in sich selbst finden könne«^{27a}. Wenn es Ficker um Einordnung der Landesgeschichte in die Reichsgeschichte ging, so bedeutete dies Verankerung seines historischen Interesses im Mittelalter und eine nicht zu verkennende Abkehr von der ihm mißfälligen deutschen Staatengeschichte der Neuzeit. Die als großartig empfundene Kaiserzeit

^{26a} Vgl. G. Mees, Schorlemer-Alst und der westfälische Bauernverein etc., Münstersche Diss. (masch.schriftlich) 1956 S. 38 f. mit weiteren Literaturangaben.

²⁷ J. Ficker, Engelbert d. Heilige, Erzbischof von Köln und Reichsverweser, Köln 1853 S. 1.

^{27a} Ficker, a. a. O. S. IV f.

war seine Welt, und schon der Bonner Student Ficker mußte in der »alt-protestantischen« Geschichtsauffassung Dahlmanns mit Luther, Gustav Adolf, Friedrich d. Gr. als Helden auf der deutschen Geschichtsbühne wie in den modernen kleindeutsch-liberalen Konzeptionen das ihm feindliche Prinzip erkennen. Aufgabe wissenschaftsgeschichtlicher Untersuchung ist es u. a., neben den Bildungs- und Erkenntnismotiven die politisch-gesellschaftlichen Beweggründe herauszuarbeiten, die einen Gelehrten in eine bestimmte Forschungsrichtung führen. Die deutsche Mediävistik des 19. Jahrhunderts weist unter ihren Vertretern Persönlichkeiten auf, die die aufsteigenden und schließlich siegreichen Tendenzen ihrer Zeit bejahten, und solche, die im Lager der nationalpolitischen Opposition gegen eine preußisch-kleindeutsche Lösung standen. Für Ficker hat es kaum einen Zweifel gegeben, wo er seinen Platz zu suchen hatte.

Das Sommersemester 1848 sah Ficker in Berlin. Während die Radikalen für den konservativen Westfalen, der mit anderen Landsleuten als Mitglied der Studentenwehr im Berliner Schloß auf Wache zog und entschlossen war, es gegen alle Angriffe zu verteidigen, als Gesinnungsgenossen ohnehin nicht in Frage kamen, erschien ihm ein anderer Teil seiner Kommilitonen als zu preußisch. In einem Brief an die Mutter beteuerte er, daß sich seine »Hoffnungen und Wünsche . . . nur aufs Gesamtwohl des großen deutschen Vaterlandes und die möglichst selbständige Entwicklung des westfälischen Stamms in ihm und mit ihm richten. Preußens Zukunft liegt mir ferner; ich glaube, daß die Zeit nicht mehr so weit liegt, wo Münster nur noch von Frankfurt, nicht von Berlin sein Heil erwarten wird«²⁸. Man gelangt zu einem adäquaten Verständnis Fickers, wenn man die in diesen Sätzen zutage tretende Verbindung von politisch relevantem Heimatbewußtsein und groß-deutschem Patriotismus im Zusammenhang mit der Forschungsrichtung des Gelehrten sieht, mit reichsgeschichtlich orientierter Mediävistik und Landesgeschichte. Die politisch-historische Stimmung seiner Generation hat ihn auf sein Arbeitsfeld geführt, das wiederum Impulse gebend und bestärkend auf seine Einstellung zum öffentlichen Leben zurückwirkte. Und aufs ganze gesehen, wird man die Bekenntnisse des Jahres 1848 als die Basis einer lebenslang eingehaltenen politisch-wissenschaftlichen Grundrichtung ansehen dürfen, nur daß zwar nicht seine Anhänglichkeit an Westfalen, wohl aber seine Hoffnungen auf selbständige Entwicklung der Heimatprovinz während des halben Jahrhunderts seiner Innsbrucker Wirksamkeit wohl dahingeschwunden sind. Auch ist es denkbar, daß ihm später die Problematik eines zunächst naiv akzeptierten, vermeintlich noch politische Realität und Aktualität beinhaltenden Stammesbegriffs aufgegangen ist.

Von seinem Freund Wilhelm Junckmann²⁹, der sich den Beinamen »Reichsprophet« erworben hatte, ermuntert, hielt sich Ficker 1848/49 in Frankfurt auf und hoffte auf den Sieg der »deutschen Sache«. Als er im Frühjahr 1849 zu Fuß nach Münster zurückwanderte, fand er bei der Bevölkerung in

²⁸ Jung, a. a. O. S. 65.

²⁹ Vgl. J. Nettesheim, Wilhelm Junckmann, Münster 1969.

Westfalen »fast überall . . . entschieden deutsche und kaiserliche Gesinnung« und nur die »Grafschaft Mark schwarz-weiß gestimmt, wenigstens in den Städten«^{29a}. Fickers engsten Umgang in diesen Jahren bildeten zwei Berufs- und Gesinnungsgenossen: Junckmann, der später in Breslau ein Ordinariat versah, und Karl Adolf Cornelius, der durch verwandtschaftliche Beziehungen mit Westfalen verbunden war und damals als Privatdozent in Münster wirkte.

Wenn man die »reichische« und die landschaftliche Komponente im Denken Fickers und dieser seiner Freunde hervorhebt, ist es unerlässlich zu fragen, in welchem Maße die Konfession sein politisches Denken mitbestimmte. Ficker stand fest in der katholischen Tradition. Wie es im innersten, dem religiösen Bezirk dieses Katholizismus bei ihm aussah, ist schwer zu sagen. Manches spricht dafür, daß er nach Schwankungen in jüngeren Jahren schließlich einen nüchternen Standpunkt einnahm. Aber von Anfang an lehnte er es ab, sich als konfessioneller Parteigänger und Heißsporn zu betätigen. Nicht so sehr der aktuell-konfessionspolitische als der historische Aspekt bestimmten seine Haltung als Katholik. Er war in den Katholizismus hineingeboren wie in sein Deutschtum und sein Westfalentum, und es ist kaum vorstellbar, daß er als konservativer Mensch aus diesem Lebenskreis sich je hätte entfernen können. Wenn Ficker als Katholiken ein Umstand polemisch werden ließ, dann die Argumentationsweise der kleindeutsch-protestantischen Geschichtsschreibung. So heißt es 1849 in einem von ihm verfaßten Artikel »Deutschlands Einheit und die Ultramontanen« für die »Rheinische Volkshalle«: er sei kein Freund konfessioneller Streitigkeiten, »wenn aber der Protestantismus sich mit der Geschichte seines Wirkens für Deutschland durch Preußen breit macht, da kann es doch nicht schaden, daran zu erinnern, was der Katholizismus getan, als er Reichskirche war«. Als Ficker feststellen mußte, daß man in der »Volkshalle« seinen Artikel in übler Weise verändert hatte, lautete sein Kommentar: »diese . . . Parteilichen ohne Einsicht sind fürchterlich; im Getreibe des Tages lasse ich mir den schroffen Parteistandpunkt gefallen; aber in der Geschichte mag ich ihn nicht und sollte ich dereinst als ultramontaner Historiker verschrien sein, so hoffe ich, daß es nur daher rühren wird, daß die Protestanten die deutsche Geschichte in ihrem Interesse bisher gepachtet zu haben schienen und eine unparteiische Geschichtsforschung natürlich viele ihrer Täuschungen aufdecken muß«³⁰.

Ficker war finanziell unabhängig, wünschte jedoch nicht Privatgelehrter zu bleiben, sondern die Universitätslaufbahn einzuschlagen, die er als Privatdozent in Bonn begann. Nach dem bisher Gesagten wird es nicht überraschen, daß Ficker einem Ruf an eine der reorganisierten Hochschulen Österreichs nicht abgeneigt sein konnte. Allerdings verhielt es sich nicht so, als ob dem Katholiken Ficker in Preußen der Aufstieg versperrt geblieben wäre. Die Familie Scheffer-Boichorst stand dem preußischen Staat loyal

^{29a} Jung, a. a. O. S. 69.

³⁰ Jung, a. a. O. S. 76; auch für das Folgende.

gegenüber und durfte wiederum mit gutem Grund von dessen Seite Begünstigung erwarten. Als Kontaktstelle zwischen dem preußischen Staat und wissenschaftlichen Talenten aus der katholischen Bevölkerung Preußens ist in diesem Zusammenhang die »Katholische Abteilung« im preußischen Kultusministerium zu nennen, die eine Art institutionalisierter Interessenvertretung der Katholiken bildete und in ihrer personellen Zusammensetzung sich eine Zeitlang wie ein westfälischer Brückenkopf in Berlin ausnahm³¹. Als Ficker in den Gesichtskreis der Abteilung trat, stand an ihrer Spitze der Geheime Rat Aulike, gebürtig aus Münster und mit einer Tochter der alten münsterländischen Familie von Zurmühlen verheiratet. Als Hilfsarbeiter und später als Rat stand ihm der Arnberger Wilhelm Ulrich zur Seite, der, mit einer Schwester Fickers verehelicht, über Familienrückhalt an einer angesehenen Gelehrten- und Beamtenfamilie gebot. In der »Katholischen Abteilung« wünschte man Fickers Talent für die katholische Bildungsschicht Preußens zu bewahren und ihn daher im Lande zu halten. Ein Jahr nachdem Ficker nach Innsbruck übersiedelt war, erreichte ihn ein Ruf auf ein Bonner Ordinariat, die dortige »katholische Professur«, neben der drei »protestantische« eingerichtet waren. Außer der Bonner Fakultät hatte bei diesem Ruf selbstverständlich die »Katholische Abteilung« ihre Hand im Spiel. Die früher Ficker gegenüber ausgesprochene Vermutung, man werde einen aus dem »Vaterland« fortgegangenen Gelehrten kaum aus Österreich nach Preußen zurückrufen, war damit widerlegt. Aber Ficker konnte sich nicht entschließen, die erst angetretene Innsbrucker Professur aufzugeben. Seine wissenschaftlich-politischen Überzeugungen dürften bei dem Entschluß, Österreich treu zu bleiben, keine geringe Rolle gespielt haben.

Fachlich wie politisch hätte der österreichische Unterrichtsminister Graf Thun im Hinblick auf die Erneuerung des österreichischen Hochschulwesens und die Stärkung der habsburgischen Staatsidee keinen glücklicheren Griff tun können, als den Westfalen Ficker zu berufen. Ficker nahm unter den deutschen Mediävisten des 19. Jahrhunderts und insbesondere unter den Verfassungshistorikern als Forscher einen hervorragenden Platz ein, er begründete in Innsbruck eine angesehene Schule und er hat sich in bemerkenswertem Ausmaß für die Hochschuladministration und die Universitätspolitik zur Verfügung gestellt. Bis 1866 ist er als überzeugter Parteigänger der großdeutschen Sache hervorgetreten. Er wehrte sich mit allen Kräften gegen die Gleichsetzung von Deutschtum und Preußentum, und er hätte die Einsetzung eines schwarz-weißen Kaisertums für ein Verhängnis angesehen. Um so mehr fühlte er sich dem schwarz-gelben Kaisertum in großdeutscher Gesinnung verbunden. Viele Jahre zählte er zu den Vertretern des politisierten Schützenwesens seiner Zeit, und am ersten deutschen Bundesschießen zu Frankfurt am Main 1862, einer durchaus politischen Veranstaltung, auf der die Gegensätze der beiden deutschen nationalpolitischen Richtungen aufeinanderstießen, hat er als überzeugter Großdeutscher teilgenommen. Als

³¹ Vgl. V. Conzenius, Briefe Aulikes an Döllinger. Ein Beitrag zur Geschichte der »katholischen Abteilung« im preußischen Kultusministerium, Rom, Freiburg, Wien 1968; dort auch Angaben über die ältere Literatur.

Leutnant der Innsbrucker Studentenkompanie der Tiroler Landesverteidigung zog er 1866 gegen Italien zu Felde.

Zu einem Politikum ersten Ranges wuchs sich Fickers Stellungnahme zur Politik des mittelalterlichen deutschen Kaisertums in seiner berühmten Kontroverse mit Sybel aus, über die eine ganze Literatur existiert³². Die vor dem Hintergrund des Krieges von 1859 zu sehende Polemik um die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters hatte als »wissenschaftlicher Bürgerkrieg« (Dove) innerhalb der Ranke-Schule, als Angriff Sybels auf Giesebrecht, begonnen. Erst das Hervortreten Fickers führte jedoch so recht zur nationalpolitischen Ausweitung der Kontroverse, und man darf den westfälischen Mediävisten in Innsbruck mit gutem Grund den ersten geschichtswissenschaftlichen Wortführer der Sache Österreichs im Endkampf um die Lösung der deutschen Frage nennen. Zur Präzisierung der Auffassungen Fickers ist an dieser Stelle zu wiederholen, daß sein katholischer Universalismus nicht identisch war mit der Strömung, die man im 19. Jahrhundert als Ultramontanismus bezeichnete. Ficker war nicht der Mann eines politischen Katholizismus im Stil seiner Zeit. Die Identität von entschieden katholischer und österreichisch-habsburgischer Politik wurde von anderen Gelehrten überzeugender vertreten, so von einem Verwandten Fickers, Dr. Ludwig Arndts (seit 1871 Arndts von Arnesberg), der, früher in München tätig, von 1855–1874 als Lehrer der Rechtswissenschaft an der Universität Wien wirkte. Arndts stand in engen Beziehungen zu einer in den dreißiger und vierziger Jahren an der Universität München wirkenden Gruppe von Gelehrten, die sich großenteils nicht aus Altbayern zusammensetzten und die wegen ihrer Stellungnahme in der Lola Montez-Affäre 1847 amtsenthoben oder strafversetzt wurden. Einige von ihnen, Juristen und Historiker, darunter Ernst Freiherr von Moy, Konstantin Höfler und George Phillips, hat Graf Thun nach Österreich berufen. Bei diesen Männern verband sich habsburgisch-großdeutsche Gesinnung mit politisch-konservativem Katholizismus zu einer lückenlosen Einheit; nicht so bei Ficker, der mit den Genannten 1848 einigen Umgang gehabt hat, sich jedoch später von ihnen fernhielt. Wenn Ficker in Innsbruck unter die Liberalen gerechnet wurde, so bezog sich dies einmal darauf, daß er auf dem Boden des Verfassungsstaates stand, zum anderen auf seine kirchenpolitischen Auffassungen.

Die Beziehungen zu Westfalen, wo er sich auch als Innsbrucker Professor wiederholt aufgehalten hat, blieben eng. Mit Rat und Tat hat er, der weiterhin die münsterischen Lokalblätter hielt, die historische Forschung in Westfalen unterstützt; er hat in Tirol viel westfälischen Besuch erhalten und manche Wesfalen zu seinen Schülern gezählt. Seine Hilfe wurde ebenso hochklerikalen wie antiklerikalen Landsleuten zuteil. Schließlich hat sich Ficker dem Grafen Thun als Vertrauensmann für die bei Berufungen aus

³² Vgl. Universalstaat oder Nationalstaat. Macht und Ende des Ersten deutschen Reiches. Die Streitschriften von Heinrich von Sybel und Julius Ficker zur deutschen Kaiserpolitik des Mittelalters, hrsg. u. eingel. von F. *Schneider*, Innsbruck 1941. – F. *Schneider*, Die neueren Anschauungen der deutschen Historiker über die Kaiserpolitik des Mittelalters, Weimar 1943.

dem nichtösterreichischen Deutschland notwendigen Verhandlungen zur Verfügung gestellt. Dabei lenkte er die Aufmerksamkeit, wie kaum anders zu erwarten, vor allem auf Westfalen und das Rheinland und beschränkte sich nicht nur auf den Hochschullehrernachwuchs, sondern zog auch tüchtige westfälische Gymnasiallehrer nach Österreich³³.

Bismarcks deutsche Politik und deren Ergebnisse hat Ficker verurteilt, doch vermied er es nach 1866, von Innsbruck her eine spezifisch anti-preußische Politik oder Wissenschaftspolitik zu betreiben. 1893 wählte die Preußische Akademie der Wissenschaften ihn zum korrespondierenden Mitglied, 1897 erhielt er den Orden »Pour le Mérite«. Über der Endphase von Fickers Wirken liegt eine versöhnliche Stimmung.

Johann Friedrich von Schulte (1827–1914)

Der zu Winterberg geborene Johann Friedrich Schulte³⁴ war zwar vom Fach Jurist und Kanonist, er vertrat jedoch in Verbindung damit nicht nur lange Jahre die deutsche Reichs- und Rechtsgeschichte, über die er ein Lehrbuch herausgebracht hat, sondern darüber hinaus ist sein umfangreiches wissenschaftlich-publizistisches Lebenswerk so sehr historisch geprägt, daß es sich rechtfertigen läßt, Schulte der von uns behandelten Historikergruppe zuzurechnen. Schultes Hauptwerk war eine »Geschichte (Sperrung vom Vf.) der Quellen und Literatur des kanonischen Rechts von Gratian bis auf die Gegenwart« (1875).

Was Herkunft und gesellschaftliche Position Schultes betrifft, weisen sie, abgesehen von der Vermögenslage seiner Eltern, große Ähnlichkeit mit derjenigen Fickers auf. Auch Schultes Vater war Arzt. Und wie die zweite Ehe der Mutter Ficker den Sohn in Verbindung mit einem patrizisch-beamtenaristokratischen Milieu gebracht hatte, so hat der Bruder der Mutter Schultes, der Rechtslehrer und hessische Staatsmann J. Th. B. von Linde (1797–1870), Sohn eines Briloner Advokaten, dem Neffen den Weg in das katholische Establishment seiner Zeit geebnet. Linde war ursprünglich preußischer Patriot. Die auf konfessionelle Gründe zurückzuführende Aussichtslosigkeit seiner akademischen Ambitionen hat ihn, dem allerdings kritisch zu benutzenden Zeugnis des Neffen Schulte zufolge, zum Gegner Preußens gemacht; auch ein Angebot Altensteins vom Jahre 1831, als Staatsrat in das preußische Kultusministerium einzutreten, hat ihn nicht mehr locken oder versöhnen können. 1823 an die Universität Gießen berufen, machte Linde eine glänzende Karriere. Schon als Achtunddreißigjährigem wurde ihm die Stelle eines Geh. Regierungsrates im Ministerium des Inneren und der Justiz in Darmstadt zuteil. Das Mitglied der Ersten Kammer Hessens und des

³³ Jung, a. a. O. S. 277 ff.; bemerkenswert, daß aber auch zwei Gymnasiallehrer, die aus Münster stammenden Brüder Goebel, nach kurzer Zeit wieder nach Preußen zurückkehrten.

³⁴ Vgl. J. F. Schulte, Lebenserinnerungen, 3 Bde., Gießen 1908/09; auch für das Folgende.

Frankfurter Parlaments betätigte sich seit 1850 am Bundestag offiziell im Dienste deutscher Kleinfürsten, de facto noch mehr als inoffizieller Vertrauensmann Österreichs. Der fähige Jurist zählte zu den entschieden anti-preußischen Parteigängern des politischen Katholizismus streng konservativer Observanz.

Über Schultes Werdegang sind wir durch ihn selbst gut unterrichtet. Bildungsstruktur und Gesinnung des jungen Schulte haben wir uns ähnlich derjenigen Fickers vorzustellen, allerdings mit dem Unterschied, daß Schulte, eine aktivere Natur, ein politischeres Temperament und von größerem Zuschnitt als Ficker, in kirchenpolitischen Fragen erst sehr viel entschiedener die Sache Roms zu der seinigen machte, um dann später um so vehementer die Partei des Altkatholizismus zu ergreifen, während Ficker sich in dieser Hinsicht völlig zurückhielt. Der vierzehnjährige Schulte jubelte 1841 dem amtsenthobenen Kölner Erzbischof Clemens August zu Droste-Vischering zu, als dieser durch Brilon kam. Während seiner Berliner Studienzeit erfreute sich Schulte der wärmsten Förderung durch den Direktor der katholischen Abteilung, Aulike. Er verkehrte mit den Räten dieser Abteilung, mit katholischen Geistlichen und Abgeordneten aus Westfalen und der Rheinprovinz, namentlich den Brüdern Reichensperger, doch fehlte es auch nicht an Umgang mit anderen Kreisen. Nach kurzer Tätigkeit in der Praxis habilitierte sich Schulte für Kirchenrecht an der Universität Bonn. Wenn Schulte, was sich häufiger ergab, von Bonn nach Köln kam, war er, durch den Onkel Linde empfohlen, regelmäßiger Gast des Erzbischofs Geißel, als dessen Vertrauensmann er später vielfach bezeichnet worden ist. Noch kein Jahr nach der Habilitation erreichte Schulte 1854 Thuns Ruf an die Universität Prag.

In die Jahre 1853/54 fällt ein Unternehmen, das erkennen läßt, wo wir damals die Mitte der Überzeugungen und Erwartungen Schultes zu suchen haben. Zusammen mit einem Vetter Fickers, dem in Münster beschäftigten Auscultator August Krahe, dem damals ebenfalls dort tätigen und nachmals bekannten Historiker Johannes Janssen, Verfasser einer »Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters«, dem Sekretär des Bischofs von Münster, Johann Heinrich Bange, und schließlich dem münsterschen Bischof Johann Georg Müller selbst erörterte Schulte den Plan, eine päpstliche Freiwilligenarmee zur Verteidigung des Patrimonium Petri ins Leben zu rufen. Solche Projekte lagen damals, unmittelbar vor der Beseitigung des Kirchenstaates, in der Luft, und der Gedanke einer internationalen päpstlichen Truppe wurde wenig später tatsächlich von französischer Seite verwirklicht³⁵. August Krahe war der geistige Vater und Initiator des Vorhabens. Während Ficker bei aller Schützenmentalität und Wehrfreudigkeit im Geiste des 19. Jahrhunderts für die Pläne seines Vetters offenbar nichts übrig hatte³⁶, stürzte sich Schulte mit Feuereifer in die Vorbereitungen, die ihn mit hervorragenden Persönlichkeiten des deutschen Katholizismus, insbesondere den wichtigsten Mitgliedern des Episkopats, bekannt machten

³⁵ Vgl. J. Schmidlin, Papstgeschichte der neuesten Zeit, II, München 1934 S. 75 (mit Literaturangaben).

³⁶ Jung, a. a. O. S. 201.

und schließlich nach Rom führten. Schulte hat seine Erfahrungen auch in dieser Sache ausführlich beschrieben. Bei aller Vorsicht, die gegenüber der Einseitigkeit und Parteilichkeit geboten ist, mit der er aus der Rückschau eines enttäuschten Mannes geschrieben hat, ist sein Bericht für die Geschichte des politischen Katholizismus im 19. Jahrhundert doch sehr aufschlußreich. Nicht zuletzt ist es konfessionsgeschichtlich lehrreich, zu vergleichen, wie verschiedene Aspekte ein und derselben Sache sich aus der westfälischen Sicht, aus Wien und aus Rom ergaben.

In Prag entfaltete Schulte fast zwei Jahrzehnte eine glänzende Wirksamkeit als akademischer Lehrer. Als Gelehrter erfreute er sich hohen Ansehens. Hochschulpolitisch rückte er seit 1855 zusammen mit Ficker und Höfler in diejenige einflußreiche Beraterstellung bei dem Unterrichtsminister Grafen Thun, die bis dahin Jarcke und Phillips eingenommen hatten³⁷. Schulte bezeichnete sich als warmen Freund des Konkordats zwischen Österreich und dem Heiligen Stuhl von 1855³⁸, von dem er sich die Entfaltung der römisch-katholischen Kirche in innerer und äußerer Freiheit erhoffte. Es ist bekannt, wie heftig sich die liberale öffentliche Meinung im Deutschen Bund gegen das österreichische Konkordat wandte, und heute wird kaum jemand bezweifeln, daß es sich um einen angesichts der damaligen gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse anachronistischen Versuch handelte, auf dem Umweg über die Stärkung der kirchlichen Macht, insbesondere derjenigen der Bischöfe, das herrschende System in Österreich zu stabilisieren. Schulte, der, mit dem Titel eines Konsistorialrats versehen, als einziger Laie in ganz Österreich Mitglied des Prager geistlichen Ehegerichts war, einer im Vollzug des Artikels X des Konkordats gebildeten Einrichtung, erkannte im Laufe der Jahre, daß sich die Koppelung der libertas ecclesiae im Verständnis des 19. Jahrhunderts mit dem Wiener Neoabsolutismus für beide Teile als ungünstig erwies. Dazu kam, daß sich in mehreren Punkten die Undurchführbarkeit des Konkordats herausstellte. Mit dieser Einsicht verband sich ein in die sechziger Jahre zu datierender Gesinnungswandel Schultes, der ihn schließlich beruflich zur Rückkehr nach Preußen und kirchlich zum Bruch mit Rom führte.

Schultes geistiger Mutterboden und Ausgangspunkt war ohne Zweifel der Katholizismus, in den er während seiner westfälischen Jugendzeit hineingewachsen war: er bildete die heimische, traditionelle, vertraute, von seinesgleichen getragene und geführte, spirituell verankerte Organisation der Gesellschaft, während der preußische Staat, bei aller äußerlichen Loyalität, die man ihm zukommen ließ, als harte, fremde, wenig freundliche Potenz empfunden wurde. Die Dynamik des preußischen Staates hatte natürlicherweise eine gewisse antiregionale Tendenz, die der junge Schulte wie der junge Ficker als bewußte Westfalen schmerzlich empfanden. Demgegenüber fand sich die westfälisch-landschaftliche Welt in der heimatlichen Diözese einer Kirche eingebunden, die Weltkirche war und von ihren gebildeten

³⁷ Vgl. *Lentze*, a. a. O. S. 265–281.

³⁸ *Schulte*, a. a. O. I S. 148.

Gläubigen als Vorwegnahme einer idealeren Menschheitsorganisation aufgefaßt werden konnte. Es war für den überzeugten Katholiken selbstverständlich, daß er seine Kirche gegen staatskirchliche Einengung verteidigte. Antistaatskirchliche Gesinnung, ursprünglich aus preußischen Eindrücken geformt, war sicher im Spiel, wenn Schulte sich in Österreich der josefinischen Tradition entgegenstellte und das Konkordat von 1855 als Bruch mit dieser Überlieferung begrüßte. Die als selbstverständlich vorauszusetzende reichspatriotisch-großdeutsche Gesinnung Schultes und der gleichaltrigen akademischen Generation Westfalens vertrug sich mit dem katholischen Universalismus vorzüglich. Krisen konnten jedoch nicht ausbleiben, wenn das hochgestimmte deutsche Nationalbewußtsein dieser Männer Anlaß zu dem Verdacht zu haben glaubte, die Weltkirche und der Heilige Stuhl zumal würden von romanischem, undeutschem Geist mit Beschlag belegt. Mit dem nationalen Protest verband sich der modern-wissenschaftliche. Nicht nur der protestantische Liberalismus, auch eine Gruppe innerhalb der katholischen Theologen- und Laienwelt operierte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts mit den Begriffen der Geistesfreiheit, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit und der nationalen Selbstachtung gegen den kurialen Kurs ihrer Epoche.

Dieser von Gelehrten geführten Gruppe, als deren Haupt der Münchener Stiftspropst J. I. von Döllinger in die Geschichte eingegangen ist, hat sich Schulte, der ungeachtet dessen bis 1871 Mitglied des Prager geistlichen Ehegerichts und bis zu seinem Bruch mit der offiziellen Kirche Vertrauensmann des Erzbischofs Fürst Schwarzenberg geblieben war, eng angeschlossen. Schulte selbst gibt an, »daß ihm Vorfälle auf der katholischen Generalversammlung zu Aachen 1862 die Augen über das, was die jesuitische Richtung in Deutschland beabsichtigte, geöffnet hätten«³⁹. Seit dem Vaticanum zählte er zu den entschiedensten Bekämpfern der von Rom eingeschlagenen Richtung. Er war nur konsequent, wenn er 1873 einen Ruf für deutsches und Kirchenrecht an die Universität Bonn annahm, als nationalliberaler Reichstagsabgeordneter in Berlin tätig wurde und bis zu seinem Lebensabend sich für die Sache der Altkatholiken einsetzte. Eine Betrachtung zur Gelehrtengeschichte, die den politischen und kirchenpolitischen, den landschafts- und konfessionsgeschichtlichen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt, kann an der enormen Bedeutung des Altkatholizismus für die katholische Intelligenz des 19. Jahrhunderts nicht vorübergehen. Die gebildeten Katholiken haben die Ereignisse um das Vaticanum ebenso sehr aufgewühlt wie der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland und die kleindeutsche Einigung im Krieg mit Frankreich 1870/71. Die Intensität, mit der viele von ihnen diese Krise durchlitten haben, beweist, wie sehr sie ihrer Kirche zugetan waren und in welchem Maße die kirchliche Zugehörigkeit ursprünglich ihre gesellschaftlich-politische Orientierung bestimmt hatte. Wo mit der römisch-katholischen Kirche gebrochen wurde, war eine um so leidenschaftlichere Hinwendung zum nationalen Gedanken und zum hohenzollernschen Kaiserreich in der Regel die Folge. Der aus Exkommunikation oder Austritt aus

³⁹ *Schulte*, a. a. O. I S. 260.

der Kirche resultierende Integrationsverlust, durch Anschluß an die alt-katholische Kirchen- und Gemeindebildung nur unzulänglich wettgemacht, wurde durch Aktivität politischer und ideologischer Art kompensiert. Schultes Anschluß an die Partei der Reichsgründung und des Kulturkampfes, die Nationalliberalen, ist dafür ein aufschlußreiches und keineswegs das einzige Beispiel.

II. Bayern

König Ludwig I. von Bayern hatte den Ehrgeiz, sich zum Protektor der katholischen Sache in Deutschland zu machen und damit das Ansehen seines Staates und seiner Dynastie innerhalb des Deutschen Bundes und darüber hinaus zu heben. Auf ihn geht die Restauration des Klosterwesens in Bayern zurück, und an der Beilegung der Kölner Wirren hat er sich maßgebend beteiligt. Die Universitäten seines Landes, obschon vieles an ihnen aussetzen war, bedurften nicht wie diejenigen Österreichs erst der Angleichung an den damaligen Stand wissenschaftlicher Ausbildung. Wenn es in Bayern unter Ludwig I. zur Berufung auswärtiger Gelehrter kam, so war das Motiv des Monarchen, im Gegensatz zur bayerischen Hochschulpolitik unter der Regierung seines Vorgängers, weithin in dem Bestreben zu suchen, die katholisch-konservative Richtung im Lande zu stärken. Diesem Ziel dienten z. B. die Berufungen der Rheinländer Joseph Görres, Ernst von Lasaulx und Hermann Müller und der Westfalen Martin Theodor Heinrich Contzen und Ludwig (v.) Arndts.

Eine ganze Gruppe westfälischer Historiker hat sich in München erst nach der Zeit Ludwigs I. und im Zeichen einer veränderten politisch-ideologischen Konstellation im Königreich Bayern niedergelassen.

Franz (von) Löher (1818–1892)

Franz von Löher, ursprünglich Jurist, unterschied sich nach Milieu und Werdegang erheblich von Ficker und Schulte⁴⁰. Der Paderborner Metzgermeisterssohn, der zeitlebens seine westfälische Herkunft betonte und sein politisches Verhalten als westfälisch interpretierte, war als Student in Halle unter den Einfluß des Juristen und Danteforschers Karl Witte geraten, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband. Löher hat sich allerdings nie der hochkonservativen Linie Wittes angeschlossen. Ohne je preußenfeindlich zu werden, blieb ihm die unbedingte preußische Loyalität des Älteren fremd. An den Dichter Paul Heyse hat Löher später einmal geschrieben: »Sie sind in der Hoheit des preußischen Bewußtseins erzogen, ich als Westfale, d. h. tausendmal eher als Deutscher, nicht einmal als bloßer Preuße«. Andererseits hat seine Hallesche Zeit dem Paderborner, der sich

⁴⁰ Die Zitate aus der in Anm. 12 erwähnten ungedruckten Diss. von K. Hüser, dem ich an dieser Stelle für die diesbezügliche Erlaubnis danke.

als junges Semester vom Kirchenglauben gelöst hatte, preußische Staatlichkeit und Bildungswelt im Hause Wittes und im Umgang mit Männern wie Pernice, Leo, Toluck in einer Weise nahegebracht, wie dies bei Ficker und Schulte weder der Berliner noch der Bonner Aufenthalt bewirkt hatten. Noch nachdrücklicher dürfte Löhner in Wittes Dantekreis blühende Ghibellinismus beeindruckt haben, den er im Sinne alldeutscher und früh-imperialistischer Gedankengänge modernisierte. Der in seiner Vaterstadt den juristischen Vorbereitungsdienst absolvierende Löhner, der Zeit für rechts-historische Untersuchungen und publizistische Arbeiten fand, deutete die Vorgänge seiner Epoche im letzten als Auseinandersetzung des Germanentums mit dem Romanentum und dem Slawentum. Um den Sieg der germanischen Welt zu gewährleisten, bedurfte es nicht nur seiner, sondern auch sehr vieler deutscher Zeitgenossen Meinung nach der möglichen Stärkung der europäischen Mitte, der Wiederaufrichtung eines starken deutschen Reiches.

Was Ficker und Schulte nicht im Traum eingefallen wäre, der abenteuerlustige junge Referendar fuhr nach Nordamerika, suchte dort, dilettantisch genug, seine Landsleute politisch zu aktivieren, um das deutsche Element in der amerikanischen Umgebung voranzubringen, und wertete mit schnellfertiger Feder seine Eindrücke publizistisch und gewinnbringend aus. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland haben die Ereignisse der Jahre 1848/49 Löhners Leben eine neue Wendung gegeben. Der geborene Journalist rief für den Verleger Crüwell in Paderborn im April 1848 die »Westfälische Zeitung« als progressives Organ ins Leben und übernahm ihre Leitung. In der ersten Nummer der Zeitung hieß es: »Westfalen hatte im deutschen Reich seine Stärke und Blüte, möge es auch unwandelbar darauf hinarbeiten, daß das deutsche Reich wahrhaft wiederhergestellt werde und nicht wieder die Zersplitterung durch die Eigensucht und Unbotmäßigkeit so vieler Stämme und Regierungen eintreten^{40a}.« Löhner betätigte sich als Mitbegründer und Präsident des Paderborner Volksvereins und schließlich als einer der Akteure des demokratischen westfälischen Kongresses vom 18.–19. XI. 1848 in Münster. Das wiedererstarbte preußische System ließ ihn deswegen verhaften, und er mußte über zwei Monate im münsterschen Zuchthaus verbringen. Die Paderborner wählten den Sohn ihrer Stadt unterdessen zum Mitglied der Zweiten Kammer Preußens und im Jahre darauf zu ihrem Stadtverordnetenvorsteher. 1851 haben ihn die Geschworenen in einem wegen der münsterschen Vorfälle gegen ihn angestregten Prozeß freigesprochen. Wie schon vorher durch Zusammenwirken von Regierung und Magistrat seiner kommunalpolitischen Tätigkeit ein Ende bereitet wurde, so hat man ihn trotz des Freispruches aus dem Staatsdienst entlassen. Witte und Pernice, die Halle-schen Gönner Löhners, sorgten dafür, daß er sich daraufhin in Göttingen habilitieren konnte, doch bildete die Göttinger Privatdozentur keine Existenzgrundlage. Karl Witte bemühte sich unentwegt um eine Versorgung des Freundes; u. a. wurden über den Westfalen Ludwig Arndts Fäden nach Österreich gesponnen. Bevor sich jedoch die Verleihung einer Grazer juristi-

^{40a} Westfälische Zeitung Nr. 1 (zitiert nach *Hüser*).

schen Professur und damit die Berufung eines weiteren Westfalen nach Österreich hatte verwirklichen lassen, war Löher zum literarischen und wissenschaftlichen Sekretär König Maximilians II. von Bayern und zum Honorarprofessor an der Juristischen Fakultät der Universität München ernannt worden — angesichts der gelehrten und der poetischen Neigungen des Königs sowie seiner weit gespannten wissenschaftlichen und kulturpolitischen Vorhaben eine interessante und bis zu einem gewissen Grade einflußreiche Stelle, wenn dieser Einfluß auch vielfach überschätzt wurde und Löher ihn mit nicht wenigen Konkurrenten zu teilen hatte.

Nach dem Sturz des Vorgängers Löhers, des politisch eindeutig festgelegten Wilhelm von Doenniges, war es nicht leicht, die von allen Seiten mißtrauisch beobachtete Sekretärsstelle zu besetzen. Der in Aussicht genommene Kandidat durfte kein Gothaer sein, aber auch ein unbedingter Parteigänger Österreichs wäre nicht am Platze gewesen. Darüber hinaus wurde gefordert: »Er sollte ein Jurist, nicht zu alt, nicht zu jung, Katholik, nicht ultramontan, doch sittlich religiös, keiner bayerischen Koterie angehörig sein«. Der Göttinger Physiologe Rudolf Wagner wies Maximilian II. auf Löher hin und vertrat die Meinung, daß dieser den Anforderungen des Monarchen in erheblichem Maße entspreche. Dies war auch ohne Zweifel der Fall. Daß sich Löher bis zum Tode Maximilians II. in dessen Gunst zu behaupten wußte, war, abgesehen von seiner Vielseitigkeit und Begabung, sicher auch eine bemerkenswerte taktische Leistung. Er hat es überdies verstanden, seine Stellung auszubauen und den Übergang in ein gesichertes Amt zu erreichen. Nachdem er schon vorher in die Bayerische Akademie der Wissenschaften gewählt und zum Mitglied der Historischen Kommission bei dieser Akademie ernannt worden war, hat der König 1859 veranlaßt, daß für seinen Sekretär ein neuer Lehrstuhl »für allgemeine Literaturgeschichte, dann der Länder- und Völkerkunde« errichtet wurde. Schließlich bewarb er sich 1863 um das Amt des Reichsarchivdirektors, das ihm noch zu Lebzeiten Maximilians II. zugesprochen und nach dessen Tod offiziell übertragen wurde. Fast ein Vierteljahrhundert stand er an der Spitze dieser Behörde, jedoch noch vor Vollendung seines fünfundzwanzigjährigen Dienstjubiläums zwang ihn der Minister des Inneren, in den Ruhestand zu treten. Der Grund für Löhers Sturz war, daß er zu dienstfertig, beamtenrechtlich nicht ganz korrekt und dabei keineswegs selbstlos problematische Aufträge des geisteskranken, inzwischen ums Leben gekommenen Königs Ludwig II. ausgeführt hatte. Das Ganze war eine ziemlich belanglose Affäre, deren Aufdeckung man benützte, um die minder wichtige Figur Löhers zu opfern und so größeren Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Nachdem bisher ungünstige Beurteilungen das Andenken an diesen in mancher Hinsicht atypischen Vertreter Westfalens verdunkelt haben, ist durch die Hüersche Arbeit ein gerechtes und gültiges Lebensbild zustandegewonnen. Das menschlich Umstrittene an Löher ist damit nicht aus dem Wege geräumt. Vor allem bleibt an vielen seiner Handlungen und Leistungen der Charakter des Dilettantischen und geringer Qualität haften. Als Historiker war er nicht vom Fach, und eben dies hat ihn die Zunft spüren

lassen. Gleichwohl verdankt ihm die Geschichtswissenschaft manches. Seine Tätigkeit als Vorstand des Reichsarchivs sowie die Gründung und Leitung der »Archivalischen Zeitschrift« sind auf jeden Fall als verdienstvoll zu bezeichnen; auch sein Wirken für die Historische Kommission trug Früchte. Aus der Vielschreiberei⁴¹ Löhers ragen einige Veröffentlichungen heraus, in denen zwar heute niemand mehr wissenschaftliche Belehrung sucht und die schon zur Zeit ihres Erscheinens strengen Ansprüchen nicht genügten, die jedoch wissenschaftsgeschichtlich und zeitgeschichtlich von Interesse sind. Löher war ein begabter Popularisator; er zählte zum Typ des Wissenschaftsjournalisten, der leicht aufnimmt, rasch und gefällig formuliert und geschickt vereinfachend vermittelt. Für die geistigen Strömungen seiner Zeit können wir aus seinen Publikationen weit mehr entnehmen als aus dem Opus mancher Männer mit schwer gerüsteter Gelehrsamkeit. Dies gilt, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen, nicht zuletzt für seine Stellungnahme in den Auseinandersetzungen um die historisch-politische Wertung der deutschen Kaiserpolitik im Mittelalter⁴².

Es ist nicht allgemein bekannt, daß dem Akademievortrag Sybels vom 28. XI. 1859, der die berühmte Kontroverse auslöste, eine akademische Festrede Löhers am gleichen Ort, aus gleichem Anlaß und über das gleiche Thema vorhergegangen war. Löhers Ausführungen vom 28. XI. 1857 über »Die deutsche Politik König Heinrichs I.« lassen sich Argumente sowohl für die Sybelsche wie für die Fickersche Richtung entnehmen. Vielleicht weniger die wissenschaftlichen Schwächen des Vortrags als das Fehlen einer polemischen Tendenz und des resonanzverstärkenden politischen Hintergrunds, wie er im Jahre 1859 vorhanden war, haben den Vortrag des von der engeren Fachwelt ohnehin nie ganz anerkannten Löher nicht zu einer breiteren Wirkung gelangen lassen. Es ist auch kaum anzunehmen, daß er sie in der Situation des Jahres 1857 speziell mit diesen Ausführungen überhaupt gesucht hätte. Als dann der Historikerkonflikt ausgebrochen war, hat Löher allerdings mit Recht darauf hingewiesen, daß er es gewesen sei, der mit dem »öffentlichen Meinungs Austausch« begonnen habe. Er hat sich im Laufe der Gelehrtenfehde hinter Ficker und dezidiert gegen Sybel gestellt. Wenn man jedoch seine Position genauer analysiert, stellt man fest, daß er sich auch mit Fickers Standpunkt nicht voll identifizieren konnte. Löher erscheint uns vielmehr als Repräsentant der im 19. Jahrhundert weit verbreiteten ghibellinischen Richtung, in die ihn u. a. sein auf den Umgang mit Witte zurückgehender Danteenthusiasmus geführt haben mag. Ghibellinismus bedeutete in der Beurteilung der mittelalterlichen deutschen Kaiserpolitik zunächst einmal Ablehnung des »Gothaischen«, ausschließlich nationaldeutschen (obwohl die Ostexpansion voll bejahenden) Standpunkts Sybels

⁴¹ Hüfers (noch nicht ganz vollständige) Bibliographie enthält 639 Nummern von Veröffentlichungen Löhers.

⁴² Vgl. H. Gollwitzer, Zur Auffassung der mittelalterlichen Kaiserpolitik im 19. Jahrhundert (Dauer und Wandel der Geschichte, Festgabe für Kurt v. Raumer, Münster 1966 S. 483–512).

und seiner Anhänger⁴³. Von Ficker und seiner Schule trennte die »Ghibellinen« ihre eher imperialistische als universalistische Auffassung und ihr scharfer Gegensatz zum Papsttum. Sie bejahten die mittelalterliche Kaiserpolitik einmal, weil sie diese, wiederum stark modernisierend und damit verfälschend, als antiultramontan und antiklerikal interpretierten, zum anderen, weil sie ihnen in einem den tatsächlichen mittelalterlichen Verhältnissen keineswegs entsprechenden Maße als großartiger Fall deutscher Macht- und Weltpolitik erschien. An zahlreichen Stellen des Löherschen Oeuvre läßt sich diese Gesinnung im Zusammenhang mit seinen Urteilen über unsere mittelalterliche Geschichte belegen. Mit seinen Veröffentlichungen und Stellungnahmen repräsentierte und verstärkte Löher eine breite, mächtige und wichtige Strömung innerhalb des deutschen Geschichtsbewußtseins seiner Zeit.

Hüser hat darauf aufmerksam gemacht, daß die drei Hauptrichtungen in der Beurteilung der mittelalterlichen deutschen Kaiserpolitik jeweils Westfalen oder Westfalenabkömmlinge als ihre wichtigsten und führenden oder im Falle Löher immerhin bemerkenswerten Repräsentanten aufzuweisen hatten. Der in Düsseldorf geborene Sybel stammte aus einer alten Soester Pastoren- und Scholarchenfamilie und stand dem in Münster verwurzelten Katholiken und Reichspatrioten Ficker nicht nur als Gothaer und Nationalliberaler, sondern auch als Erbe der preußisch-protestantischen Tradition Westfalens gegenüber. Sybels Vater, ein Jurist, der erst wenige Jahre vor der Geburt seines Sohnes von Hamm ins Rheinland versetzt worden war, blieb der Soester Heimat eng verbunden, und das gleiche gilt für den Sohn und Historiker⁴⁴. Bei Löher wird man immer den Qualitätsunterschied zu Ficker und Sybel im Auge behalten müssen. Überdies ist Löher nicht etwa der anerkannte Meister und Führer seiner, der ghibellinischen Richtung gewesen, die zwar eine weit verbreitete und schließlich die einflußreichste von allen war, aber kein so markantes Haupt wie die kleindeutsche und großdeutsche Interpretation gefunden hat.

Gleich Ficker und Sybel kennzeichnet Löher eine lebenslange Verbundenheit mit Westfalen. Nicht an seine preußischen Mitbürger, sondern an die Westfalen wandte er sich im Jahre 1848, in dem er eine »Westfälische Zeitung« gründete und an dem *westfälischen* Demokratenkongreß in Münster teilnahm. Doch hat er vieles an Preußen unvoreingenommen gewürdigt, und die Staatszugehörigkeit Westfalens wog für ihn schwer genug, um ihn von einer österreichischen Parteinahme abzuhalten. Nicht zum großdeutschen, zum gesamtdeutschen Denken hatte ihn die politisch-regionale Tradition geführt, und in diesem Rahmen sprach er sich für eine Führung der er-

⁴³ Zur marxistischen Deutung der Kontroverse vgl. G. Koch, Der Streit zwischen Sybel und Ficker und die Einschätzung der mittelalterlichen Kaiserpolitik in der modernen Historiographie (J. Streisand [Hrsg.], Die deutsche Geschichtswissenschaft von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Reichseinigung von oben, Berlin 1963 S. 311–336).

⁴⁴ Vgl. W. Schulze, a. a. O. S. 328 ff.

neuerten Nation eher durch Berlin als durch Wien aus. Seit 1866, erst recht seit 1870 hat er dann die kleindeutsche Lösung wohl uneingeschränkt bejaht.

Wie sehr Löhner von Westfalen her dachte, zeigte sich in vielen seiner Reden und Veröffentlichungen. Groß ist die Zahl der Stellen, in denen er sich als Westfale apostrophierte. Gerne wählte er Stoffe aus der Geschichte seiner engeren Heimat. Mit seinem »General Sporck« (Göttingen 1854; 4 Auflagen), Löhners Worten zufolge einem »von den vielen Westfalen, welche in der Heimat nicht gedeihen konnten«, gelang ihm ein schöner literarischer Erfolg. Auch nach dem Weggang aus Westfalen blieb Löhner dessen geschichtlicher Welt verbunden. Im Zeichen des Kulturkampfes und des Antultramontanismus erschien 1874 seine »Geschichte des Kampfes um Paderborn 1597–1604«, die wiederum mehr als Zeitdokument denn als überzeugende wissenschaftliche Leistung von Interesse ist. Westfälischen Fachgenossen, z. B. Hermann Hüffer⁴⁵, war er bei archivalischen Forschungen gerne behilflich, und angehende Historiker westfälischer Herkunft durften in München seiner Förderung und Gunst gewiß sein. Dies gilt insbesondere für den zu Pritzwalk in der Prignitz gebürtigen, aber einer westfälischen Familie entstammenden Hermann (v.) Grauert, dem Löhner den Eintritt in den Archivdienst ermöglichte⁴⁶. Grauert hat dann seinerseits den Westfalen Franz Kampers gefördert.

Westfälische Jünger der Geschichtswissenschaft, die es seit den sechziger Jahren nach München zog, sahen sich nicht allein auf die Gunst des Reichsarchivdirektors v. Löhner angewiesen. Auch der Ordinarius für Geschichte an der Universität München, Karl Adolf Cornelius⁴⁷, verfügte über zahlreiche westfälische Beziehungen und zeigte sich gerne bereit, Studierenden aus Westfalen den Zugang zur akademischen Laufbahn zu öffnen. Cornelius war in Koblenz im Hause eines Verwandten, des aus Soest gebürtigen Theodor Brüggemann, aufgewachsen, damals Mitglied der Regierung und des Provinzialschulkollegiums, später Vortragender Rat im Ministerium der geistlichen Angelegenheiten zu Berlin, ein der preußischen Regierung loyal gegenüberstehender hoher Beamter von beträchtlichem Einfluß. 1850 hatte Cornelius an der Akademie der Provinzialhauptstadt mit einer Arbeit über den Münsterschen Aufruhr promoviert; Ficker war bei der Verteidigung der Thesen sein Opponent. Der vor seiner Münchner Zeit in Breslau und Bonn tätige Historiker stand dem radikalen Flügel der politisch-kirchenpolitischen katholischen Bewegung kritisch gegenüber und zählte später zu den entschiedensten Altkatholiken in München. Andererseits waren ihm spezifisch borusische Sympathien fremd – in seiner Münchner Akademieabhandlung über Kurfürst Moritz v. Sachsen (1867) glaubte man Anspielungen auf Bismarck

⁴⁵ Vgl. H. Hüffer, Lebenserinnerungen, hrsg. v. E. Sieper, Bln. 1912, passim.

⁴⁶ G. v. Hertling, Erinnerungen aus meinem Leben II, Kempten und München 1920 S. 87 f. – Zu Franz Kampers vgl. H. Pruckner, Franz Kampers: HJb., 49. Jg., 1929 S. 472–475.

⁴⁷ Zu Cornelius vgl. J. Friedrich, Gedächtnisrede auf Karl Adolf v. Cornelius, München 1904 und W. Götz, Karl Adolf Cornelius (W. Götz, Historiker in meiner Zeit, Köln Graz 1957 S. 187–197).

zu erkennen —, und seine politische Einstellung mag man alles in allem als katholisch-deutschpatriotisch beschreiben.

Auf Cornelius geht im Rahmen der von der Münchner Historischen Kommission besorgten Editionen das Unternehmen der »Wittelsbacher Korrespondenzen« zurück⁴⁸, dessen jüngere Reihe er leitete, während Sybel die ältere pfälzische Reihe und Löher die älteren bayerischen Korrespondenzen übernahm. Ein Zufall ist es vermutlich nicht, daß Sybels erster Mitarbeiter aus dem Fürstentum Lippe-Detmold stammte, während Cornelius und Löher hochstiftisch-westfälische und rheinische Helfer bevorzugten, von denen uns im folgenden August von Druffel und Felix Stieve beschäftigen sollen.

August von Druffel (1841–1891)

Aus der westfälischen Beamtenaristokratie stammte August von Druffel⁴⁹, dessen Großvater⁵⁰ in der fürstbischöflichen Zeit die Stellung eines Geheimen Staatsreferendars eingenommen hatte. 1804 war die Familie in den Reichsadel und in den preußischen Adelsstand erhoben worden. Nach dem Tod des Vaters, der zuletzt als Landgerichtspräsident in Aachen tätig gewesen war, zog die Familie Druffel — auch die Mutter war eine geborene Münsteranerin — in das stattliche Familienanwesen an der Rothenburg, und August von Druffel besuchte bis zum Abitur das Paulinum. Nach einem Anfangssemester an der Akademie in Münster, das offenbar nicht allzu ergiebig verlief, zog er zu seinem Landsmann Ficker nach Innsbruck, wo er sich indessen hauptsächlich mit der Gründung des Corps Rhaetia beschäftigt zu haben scheint. Seine Ausbildung als Historiker suchte und erhielt er nicht bei Ficker, sondern bei Waitz in Göttingen. Nach Abschluß seiner Dissertation über Heinrich IV., die bleibende Vorzüge und Schwächen ihres Verfassers — scharfsinnige Kritik, aber Schwerfälligkeit der Darstellung — erkennen ließ, trat er als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Historischen Kommission in München ein. 1873–1880 erschienen unter dem Titel »Beiträge zur Reichsgeschichte« im Rahmen der »Briefe und Akten zur Geschichte des 16. Jahrhunderts mit besonderer Rücksicht auf Bayerns Fürstenhaus« drei Editions-bände, die die Zeit von 1546 bis 1552 umfaßten. Ein vierter Band wurde nach dem Tod Druffels, ergänzt und bearbeitet, von Karl Brandi veröffentlicht.

Belastende Erfahrungen, die mit ausschließlicher Editionstätigkeit nicht selten verbunden sind, blieben dem gründlich, aber langsam arbeitenden Druffel nicht erspart. Er vermochte sein Interesse nicht auf die Dauer mit

⁴⁸ Vgl. M. Spindler, Wittelsbacher Korrespondenzen (Die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958, Göttingen 1958 S. 166–180).

⁴⁹ M. Lossen, August von Druffel (Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 6–8 v. 8., 9. u. 11. I. 1892).

⁵⁰ A. Frhr. Hartlieb v. Wallthor, Johann Gerhard v. Druffel (Westfälische Lebensbilder, hrsg. v. W. Steffens und K. Zuhorn, Bd. VIII, Münster 1959).

gleichbleibender Intensität dem langfristigen Vorhaben zuzuwenden, zu dem er sich verpflichtet hatte. Die Arbeit an einem Editionsunternehmen wird zur Qual, wenn sie nicht mehr von Hingabe und Anteilnahme getragen ist. Druffels Neigungen gehörten mehr und mehr der Geschichte des Tridentiner Konzils, doch sah er keine Möglichkeit, sich dem ursprünglichen Auftrag zu entziehen. Überdies mußte er, der seit 1877 als Privatdozent und seit 1884 als Honorarprofessor an der Universität München wirkte, erkennen, »daß die Gewöhnung an Detailforschung und kritische Untersuchung jedes auftauchenden Zweifels für den Kathedervortrag eher ein Hindernis als eine Förderung bildet« (Lossen). Er scheint es als Dozent schwer gehabt zu haben.

Beim Ausbruch des Krieges von 1866 hatte Druffel als geborener Preuße gegen das Adoptivvaterland Bayern zu Felde zu ziehen. Die Sympathien des Unteroffiziers der Reserve im westfälischen Infanterieregiment Nr. 13 galten anfänglich gleich denen vieler seiner katholischen Landsleute Österreich und den Mittelstaaten. Erleichtert wurde seine Situation jedoch dadurch, daß ihm der Militärdienst an sich Vergnügen bereitete. Schon als Einjährig-Freiwilliger beim zweiten Garderegiment zu Fuß in Berlin fühlte er sich ungemein wohl. Im Siebziger Krieg hat er sich als Offizier in einem westfälischen Regiment hervorragend bewährt. Als er am 16. Juli 1871 im Gefolge des deutschen Kronprinzen mit vielen anderen preußischen Offizieren am festlichen Einzug der heimkehrenden bayerischen Truppen teilnahm, reichte ihm sein ebenfalls in München tätiger Historikerfreund Max Lossen in der damals üblichen pathetisch-enthusiastischen Weise einen Lorbeerkranz aufs Pferd.

Die Ereignisse von 1870/71 dürften Druffel ganz zum Anhänger des Bismarckschen Reiches gemacht haben. Dies läßt sich indirekt auch aus seiner kirchlichen und kirchenpolitischen Einstellung schließen, da reichsdeutsche Katholiken, die sich im Streit um das Vaticanum und in der Kulturkampfzeit den Altkatholiken zuwandten und dem sogenannten Ultramontanismus den Kampf ansagten, sich in der Regel auch mit dem neuen schwarz-weiß-roten Staatswesen identifizieren. Druffel ist die Abkehr von der angestammten Kirche nicht leicht gefallen. Der im Grunde genommen auch kirchlich konservative Mann war in einer streng katholischen Familie aufgewachsen, seine beiden Schwestern waren in den Sacré Coeur eingetreten, Jesuiten zählten zum Umgang der Familie, der Oberin der Elisabethinerinnen in Luxemburg, Clementine von Lasaulx, einer Vertrauten seiner Mutter, blieb Druffel auch nach dem Bruch mit seiner Kirche verbunden. Dem stand allerdings in München der Verkehr in einem Gelehrtenkreis gegenüber, zu dem die Vorkämpfer gegen das Vaticanum, Döllinger und Friedrich, zählten und dessen Mitglieder aus der Historikergilde, voran Cornelius und Moriz Ritter, sich mit aller Entschiedenheit für die altkatholische Sache engagierten. Ausschlaggebend waren jedoch wohl weniger die Einflüsse seiner Umgebung als persönliche Überzeugungen und schmerzlich empfundene private Erlebnisse, die ihn verhältnismäßig spät auch den formellen Anschluß an die altkatholische Gemeinschaft suchen ließen. Seine Akademierede von 1879 über Ignatius von Loyola an der Römischen Kurie spiegelt in ihrer Schärfe die

Leidenschaftlichkeit wider, die Druffel über den kirchlich-religiösen Zeitfragen erfaßt hatte.

Für die Geschichte der Hochschulpolitik und der allgemeinen Kulturpolitik ist es aufschlußreich zu verfolgen, wie sich die kirchliche Entscheidung Druffels auf seine akademische Laufbahn auswirkte. Als Druffel für Berufungen heranstand, war der Höhepunkt des Kulturkampfes überschritten und die Regierungen suchten wieder zu einem *Modus vivendi* mit der römisch-katholischen Kirche zu gelangen. 1882 schlug man Druffel für ein Prager Ordinariat der Geschichte vor. Daß er vom Wiener Ministerium abgelehnt wurde, führte man allgemein auf seine kirchliche Einstellung zurück, nicht auf den vorgeschützten Grund, er habe 1866 Waffen gegen Österreich getragen. Als 1884 in München die Nachfolge von Giesebrecht und Cornelius zur Debatte stand, schloß der Kultusminister von Lutz einen Kompromiß mit der Zentrumsmehrheit im Landtag: der liberale Katholik Heigel und der kirchliche Katholik Grauert wurden die neuen Lehrstuhlinhaber. Druffel wurde mit einer Honorarprofessur abgespeist. 1888 schlug die Philosophische Fakultät der Akademie Münster den Westfalen Druffel zum Ordinarius der Geschichte vor. Schon zwölf Jahre vorher war davon die Rede, Druffel oder Felix Stieve nach Münster zu holen. Soweit die preußische Regierung in der Kulturkampfzeit und unmittelbar danach Stellen von Belang an Katholiken vergab, zeigte es sich jedoch, daß man sogenannte Staatskatholiken, d. h. solche Katholiken, die in der römisch-katholischen Kirche verblieben, aber ihre Loyalität dem preußischen Staat gegenüber betonten, vor Altkatholiken bevorzugte, die formell mit Rom gebrochen hatten und deren Einstellung daher zu unangenehmen Konflikten führen konnte. Die münstersche Professur wurde überdies 1889 mit dem Nichtkatholiken Georg Heinrich Kaufmann besetzt.

Felix Stieve (1845–1898)

Vier Jahre jünger als Druffel war der in Münster geborene Felix Stieve, der ebenfalls in den sechziger Jahren in den Kreis der Münchener Historiker eintrat⁵¹. Der Vater, Direktor des Paulinums zu Münster, wurde, als Stieve sieben Jahre alt war, als Regierungs- und Schulrat nach Breslau versetzt. Wenn nun auch der junge Stieve in Schlesien aufwuchs, so blieben doch die westfälischen Beziehungen eng. Im Hause Stieve – der Vater wurde später als Vortragender Rat nach Berlin in die »Katholische Abteilung« des preußischen Kultusministeriums berufen – herrschte romantisch-patriotischer Geist, eingebettet in den Universalismus der römisch-katholischen Kirche. Das, was in der Sprache der Zeit als Ultramontanismus bezeichnet wurde, wünschte man bei Stieves nicht mit katholischem Universalismus zu identifizieren, ja man sah es als eine vorübergehende Krankheitserscheinung an. Der Breslauer Freundeskreis des Hauses Stieve setzte sich größtenteils aus solchen Mitgliedern des Domkapitels und der Universität zusammen, die

⁵¹ Vgl. K. *Mayr*, Felix Stieve (ADB 54, 1908 S. 524–534).

später in Konflikt mit der kurialen Richtung ihrer Kirche gerieten oder sich dem Altkatholizismus zuwandten. Erwähnung verdient auch, daß ein westfälischer Verwandter Stieves, der Gießener Theologe Lutterbeck, in Auseinandersetzungen mit dem Bischof von Mainz geriet und schließlich in die Philosophische Fakultät seiner Universität übertrat⁵². Ohne Zweifel befand sich das Haus Stieve in voller Übereinstimmung mit dem Westfalen auf dem Breslauer Erzbischofsstuhl, Kardinal Melchior Freiherr von Diepenbrock, der ein scharfer Gegner der damals sogenannten jesuitischen Richtung gewesen ist. Und wie Diepenbrock, der Mitkämpfer der Befreiungskriege, seine Loyalität gegenüber dem Hohenzollernhaus und dem preußischen Staat hervorhob, so trat bei Friedrich Stieve zum katholischen und vaterländischen Impuls das Ethos des preußischen Staatsbeamten hinzu und prägte auch den Sohn, obschon dieser nicht in den preußischen Dienst eingetreten ist. Von seinen akademischen Lehrern scheint auf Felix Stieve Droysen den stärksten Eindruck gemacht zu haben, doch, so heißt es in einem Nachruf, »ließ es wohl der Unterschied in den konfessionellen Auffassungen nicht zu einer Annäherung des jungen Studenten an den gefeierten Lehrer kommen«. Erst in München, das er damals als »Hochburg des freien Katholizismus« ansah, fand Felix Stieve in Karl Adolf Cornelius, der in Breslau Hausfreund bei seinen Eltern gewesen war, den ihm zusagenden Lehrer und im Kreis der Historischen Kommission ein ihn ausfüllendes Betätigungsfeld.

Bis 1870 blieb Felix Stieve seiner Kirche unverbrüchlich zugetan. Als Student hatte er an der Gründung katholischer Verbindungen teilgenommen, auf Archivreisen hielt er sich, dem väterlichen Rat entsprechend, an die Gesellschaft katholischer Geistlicher, und politisch wünschte er die katholisch-großdeutsche Lösung der deutschen Frage durch Österreich. Wie bei vielen seiner Zeit- und Glaubensgenossen führten die Jahre 1870/71 eine Änderung seiner Einstellung herbei. Stieve hat fortan das neue Reich, für das sein Bruder gefallen war, voll und ganz, ja mit Leidenschaft, bejaht. Der deutsche Liberalismus der Epoche, der längst nicht mehr ausschließlich abstrakt verfassungspolitisch, sondern national argumentierte und die Weltgeschichte weithin als Kampf zwischen Germanentum, Romanentum und Slawentum auffaßte, glaubte im Papsttum und im cäsaristischen Prinzip Napoleons III. zwei gegen die germanische Welt vereinte Mächte zu sehen. Der Sturz Napoleons III. und der Verlust der Selbständigkeit des Kirchenstaates galten als weltgeschichtliche Niederlagen des »romanischen Prinzips«. Ganz ähnlich beurteilte man diese Vorgänge in englischen Kreisen um Carlyle, Friedrich Max Müller, Kingsley und Froude. Auch die im Geiste ihrer Zeit national-katholische Generation Felix Stieves konnte sich solchen Gedankengängen nicht ganz verschließen. In ihrem Denken lief die zeitgeschichtliche Diagnose auf untergründige Zusammenhänge zwischen der Proklamation des Unfehlbarkeitsdogmas und einer napoleonisch-französischen Hegemonialtendenz, zwischen Kurialismus und bonapartistischem Imperialismus hinaus. Im Gegensatz zu früher vermeinten Stieve und seine Freunde nun in Ultramonta-

⁵² F. Stieve, Abhandlungen, Vorträge und Reden, Lpzg. 1900 S. 377.

nismus und Papalismus doch das Wesen der römisch-katholischen Kirche sehen zu müssen und sie zogen daraus früher oder später die ihnen gewiß nicht leicht fallende Konsequenz, sich der altkatholischen Gemeinschaft anzuschließen. Stieve hat allerdings ein Vierteljahrhundert später den Altkatholizismus als »edlen Irrtum« bezeichnet⁵³. Er blieb zwar für seine Person in der altkatholischen Gemeinde, bereitete aber den Übertritt seiner Familie zur protestantischen Kirche vor.

Würde es sich bei der altkatholischen Wendung Stieves um die private Angelegenheit eines Einzelgängers handeln, wäre es nicht angebracht, diesem Vorgang in einer historischen Abhandlung, die über das Individuell-Biographische hinausgelangen will, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Aber es ging eben um mehr, nämlich um die politisch-religiösen Probleme einer ganzen Generation, deren gebildete und gesellschaftlich arriviertere Vertreter das überwältigende Bedürfnis empfanden, mit dem Zeitgeist konform zu gehen. Die Reaktion deutsch-katholischer intellektueller Kreise auf das Vaticanum blieb bekanntlich keineswegs auf München beschränkt, wo J. I. Döllinger als führender theologischer Repräsentant sich der Kurie widersetzt hatte. In Wien und Prag, Bonn, Münster und Breslau spielten sich ähnliche Vorgänge ab wie in München. Wenn wir von der Bewegung innerhalb der Geistlichkeit absehen und uns ausschließlich auf in Westfalen geborene oder aus Westfalen stammende katholische Historiker beschränken, die sich von altkatholischen Strömungen ergreifen ließen, so lassen sich Männern wie Druffel und Stieve der aus Wickede (Kreis Soest) gebürtige Franz Wilhelm Kampschulte⁵⁴ hinzufügen, ferner Moriz Ritter⁵⁵, dessen Eltern aus Medebach (Kreis Brilon) stammten, und Max Lossen, dessen Vorfahren ursprünglich in der Lippstädter Gegend ansässig waren^{55a}. Eine Generation jünger als die Genannten war der Kettelerbiograph Fritz Vigener^{55b} (1879–1925), lange Zeit Mitherausgeber der Historischen Zeitschrift, ein vorzüglicher Kenner der Geschichte des modernen Katholizismus. Der in Biebrich Gebürtige, dessen Vater als Apotheker aus Attendorn zugezogen war, trennte sich ebenfalls von seiner Kirche, doch kam für ihn die altkatholische Lösung, die er bereits als historisches Phänomen in wissenschaftlicher Distanz sah, schon nicht mehr in Betracht. Zwar nahm er nicht wenige Motive der altkatholisch gewordenen Gelehrtengeneration auf, aber nach Denkstruktur, Methode und Stil erweisen sich seine Publikationen einer jüngeren Epoche zugehörig.

Die Aufgaben, die sich Stieve als Mitarbeiter bei der Historischen Kommission in München stellten, wiesen ihm den Weg ins konfessionelle Zeitalter, und dies verstand der Historiker als Aufforderung, auch und gerade in der wissenschaftlichen Arbeit über alle konfessionellen Vorurteile hinaus-

⁵³ *Stieve*, Bedeutung und Zukunft des Altkatholizismus (Abhandlungen etc. S. 343–354).

⁵⁴ Vgl. K. *Repgen*, F. W. Kampschulte 1831–1872 (150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, a. a. O. S. 129–154).

⁵⁵ Vgl. W. *Goetz*, a. a. O. S. 198–223.

^{55a} Vgl. *Stieve*, a. a. O. S. 389–407.

^{55b} Vgl. F. *Meinecke*, Fritz Vigener (HZ 132, 1925 S. 277–288).

zugelangen. 1870 erschien eine Monographie über »Die Reichsstadt Kaufbeuren und die bayerische Restaurationspolitik«. 1875 habilitierte er sich mit dem Karl Adolf Cornelius gewidmeten Band eines Werks über den Ursprung des Dreißigjährigen Krieges 1607–1619, der den »Kampf um Donauwörth im Zusammenhang der Reichsgeschichte« darstellte. Als Hauptwerk erschienen 1878–1883 zwei Bände einer Aktendokumentation über die Politik Bayerns 1591–1607, die nach dem damaligen Stand der Editionstechnik methodisch und quellenkritisch ein vorzügliches Niveau aufwiesen. Der Auffassung und Behandlung des Gegenstands nach zeigte sich bei Stieve durchweg das Bestreben, die parteinehmende konfessionelle Betrachtungsweise der Vorgänge völlig zu überwinden. Es verhält sich keineswegs so, daß Stieve nun gewissermaßen von Tilly zu Gustav Adolf übergegangen wäre. Die Art und Weise z. B., wie er Gustav Adolf behandelte, fand sogar die Zustimmung des entschieden kirchlich gebliebenen Johannes Janssen⁵⁶. Auch hat Stieve seine Herkunft nie verleugnet. Noch kurz vor seinem Tod hat er dem ihm gesinnungsverwandten ehemaligen katholischen Geistlichen Carl Jentsch recht gegeben, als dieser die »ultramontane« Bewegung unter den preußischen Katholiken als deren Kampf »um politische und soziale Emanzipation« bezeichnete. Freilich, eben darin zeigte sich, daß er nicht mehr konfessionelle, sondern politisch-gesellschaftliche Beurteilungsmaßstäbe anlegte. Und Stieve hätte nicht ein Mann seiner Epoche sein müssen, hätte er nicht, wie damals allgemein, seine Kriterien immer ausschließlicher dem nationalen Überzeugungsgut der damaligen Gelehrten generation entnommen. Je nachdem, was die innere Einheit der deutschen Nation und die äußere Stärke des Reiches förderte oder beeinträchtigte, setzte er positive oder negative Akzente. Charakteristisch ist in dieser Hinsicht, wie Stieve in der Besprechung des von seinem Freund Max Lossen verfaßten Buches »Der Kölnische Krieg« die Ergebnisse der konfessionspolitischen Entscheidung des 16. Jahrhunderts in Westdeutschland zusammenfaßte, indem er einerseits bedauerte, daß der Sieg der Gegenreformation den Ausgangspunkt für den Ultramontanismus des 19. Jahrhunderts bilde, andererseits der Erhaltung des kölnischen Kurfürstentums doch eine reichspolitische und damit in seinen Augen national positive Seite abzugewinnen verstand⁵⁷. Stieve war wie Löher auf dem ghibellinischen Standpunkt im Verständnis des 19. Jahrhunderts angelangt, den ein anderer Westfale, der schon genannte, mit Stieve annähernd gleichaltrige Paul Scheffer-Boichorst bereits in seiner Erstlingsarbeit »Friedrich I. letzter Streit mit der Kurie« (1866) vertreten hatte⁵⁸.

⁵⁶ Janssens Briefe, hrsg. v. Ludwig Freiherr v. Pastor, II, Freiburg i. Br. 1970 S. 212 f.

⁵⁷ Stieve, a. a. O. S. 406.

⁵⁸ Vgl. E. Dümmler, Gedächtnisrede auf Paul Scheffer-Boichorst (Aus den Abhandlungen der kgl. Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom Jahre 1902), Berlin 1902 S. 5: »Es ist bezeichnend für den jugendlichen Verfasser, daß er seine Forschungen gerade mit einem Kämpfer gegen die Kurie eröffnete, und zwar vom ghibellinischen, deutsch-patriotischen Standpunkt aus, der ihm vollkommen selbstverständlich erschien, denn, wie er später einmal sagte, jeder, der einen offenen Kopf und ein empfängliches Herz hat, mußte

Man muß Druffel und Stieve in ihrer Münchener beruflich-gesellschaftlichen Existenz zusammensehen mit einer Anzahl ihnen durchweg freundschaftlich verbundener Fachgenossen, die geborene Rheinländer (und des öfteren westfälischer Abkunft) gewesen sind oder ihrer landschaftlichen Zugehörigkeit nach als nichtpreußische Westfalen zu bezeichnen waren, wie der aus Bavenhausen (Fürstentum Lippe) gebürtige August Kluckhohn. Faßt man diesen Kreis näher ins Auge, so ergibt sich, daß das westfälisch-rheinische Element im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts an Universität, Technischer Hochschule und Reichsarchiv der bayerischen Landeshauptstadt wie an der Akademie der Wissenschaften, deren langjähriger Sekretär Max Lossen gewesen ist, und vor allem in der Historischen Kommission eine nicht zu übersehende Position einnahm. Im Gegensatz zu den schweren Spannungen, die zu Beginn des Jahrhunderts zwischen den Altbayern und den durch Montgelas von auswärts berufenen Gelehrten und um die Jahrhundertmitte zwischen den »Nordlichtern« und den Einheimischen aufgetreten waren⁵⁹, hatte diese Gruppe, wie es scheint, keine nennenswerten Anpassungsschwierigkeiten mehr zu überstehen, und sie hat auch niemals den Groll der Autochthonen auf sich gelenkt. Dies hing zum Teil damit zusammen, daß die westfälisch-rheinische Gruppe, ursprünglich jedenfalls, gleicher Konfession war wie die Bevölkerungsmehrheit des Gastlandes und daß sie dieser infolgedessen, bei aller Verschiedenheit der Mentalität, in ihrem seelisch-geistigen Habitus und hinsichtlich ihres Traditionshorizontes näher stand als ein Thiersch, ein Doenniges, ein Sybel. Die Rheinländer und Westfalen, um die es in diesem Zusammenhang geht, haben sich in Bayern nicht als Missionare gefühlt und sind nicht als solche aufgetreten. Mindestens ebenso wie die Konfessionsgleichheit fiel ins Gewicht, daß seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die verstärkte Beweglichkeit des öffentlichen Lebens die regionalen Besonderheiten immer stärker aufweichte und ausglich. Auf politischem und sozialem Gebiet bildeten sich neue Gegensätze aus, aber diese verliefen quer durch die Zonen einzelstaatlicher und landschaftlicher Eigenständigkeit, die zwar nicht beseitigt, jedoch sehr weitgehend entschärft wurde. Dies traf bis zu einem gewissen Grade auch für die großstädtisch-akademische Sphäre Münchens zu: die westfälischen Historiker sahen sich nach 1870 in die nationalliberale Fraktion der hauptstädtischen Gelehrtenrepublik integriert. Nach allem, was wir ihren Selbstzeugnissen entnehmen können

durch tieferes Eindringen in die staufische Zeit in der ghibellinischen Auffassung nur befestigt werden«.

⁵⁹ Vgl. H. Loewe, Friedrich Thiersch, ein Humanistenleben, München und Berlin 1925 S. 294–324 u. M. Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns II, München 1912 S. 425 f. u. III, München 1931 S. 295. Eine landschaftlich abgeschlossene Gruppierung der ideologischen und politischen Strömungen hat es in München nie gegeben, auch nicht auf konservativer Seite. Der Eos- wie der Goerreskreis und die hinter dem Ministerium Abel stehenden Kräfte wiesen erhebliche nichtbayerische, insbesondere westdeutsche Beteiligung auf. Bayern und Österreicher findet man wiederum innerhalb der Aufklärungspartei und der liberalen Kreise. Bei dem Altkatholikenkreis Münchens ist von regionaler Exklusivität nicht entfernt die Rede.

oder über sie wissen, haben sie die spezifische Münchner Atmosphäre sehr geschätzt. Sie entfalteten selbst eine großzügige Geselligkeit und verkehrten in Zirkeln wie der »Gesellschaft der Zwanglosen«⁶⁰, einem charakteristischen Produkt bürgerlicher Vereinskultur des 19. Jahrhunderts, die Bayern und Nichtbayern unter vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich liberalen Vorzeichen zusammenschloß. Der zeitgenössischen Erlebnissphäre noch voll teilhaftig, hat keiner die Umwelt der Münchner Historikerschaft in den 1890er Jahren und insbesondere ihrer westfälischen und rheinischen Mitglieder anziehender geschildert als Walter Goetz in seinen autobiographischen Aufzeichnungen⁶¹. Es ist zu vermuten, daß die rheinisch-westfälische Gruppe sensibel genug war, um die Kontraste zwischen dem bayrischen Lokalkolorit Münchens und seiner metropolitanen Urbanität historisch verstehend als ästhetischen und intellektuellen Reiz zu genießen.

Da die Fragestellung dieses Aufsatzes auf die politische Prägekraft des Landschaftlich-Historischen hinausläuft, sei kurz formuliert, was in dieser Hinsicht das westfälische Spezifikum einer Historikergeneration ausmachte, die einen gemeinsamen Weg von romantischer zu realistischer Wissenschaftlichkeit, vom römischen zum Altkatholizismus, vom habsburgisch orientierten Großdeutschtum zum Hohenzollernreich gegangen ist. Es bestand darin, daß sie als katholisch-reichspatriotisch empfindende Westfalen stiftischer Herkunft bei aller Loyalität vor 1870/71 Vorbehalte gegenüber der preußischen Staatlichkeit zu machen hatte; ihr Herz gehörte einem zukünftigen deutschen Reich. Je reichischer und kaiserlicher ihnen später der Bismarcksche Nationalstaat vorkam, um so begeisterter stellten sie sich ihm zur Verfügung. Als der Historiker Ludwig Quidde 1894 eine Broschüre »Caligula« wider Wilhelm II. schrieb, stellte sich Felix Stieve an die Spitze der überwiegenden Mehrheit des Münchner Historikerkreises, die Quiddes Vorhaben scharf verurteilte⁶². Wie sich die westfälischen Historiker vordem als Deutsche in Preußen gefühlt hatten, so nach ihrer Niederlassung in München als Deutsche in Bayern. Sie hatten stets über die schwarz-weißen Grenzpfähle hinausgeblickt. Selbstverständlich bedeutete ihre Übersiedlung in die bayrische Landeshauptstadt keine Option für die weiß-blaue Staatstradition. Ihr Patriotismus behielt etwas Schwebendes und Fließendes, bis der neue Nationalstaat von 1871 gegründet war.

III. Schweiz - Fribourg

Die Geschichte des Exodus westfälischer Historiker aus Preußen im 19. Jahrhundert hat noch einen Epilog. Zu Fribourg war 1889 auf kantonalen

⁶⁰ Vgl. (M. Lossen) 50 Jahre der zwanglosen Gesellschaft, München 1887.

⁶¹ W. Goetz in: Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hrsg. v. S. Steinberg, I, Lpzg. 1925 S. 129–168. Wieder abgedruckt in W. Goetz, a. a. O. S. 1–87. – Goetz war in erster Ehe mit einer Tochter Moriz Ritters verheiratet, die er früh verlor.

⁶² Goetz, a. a. O. S. 26. – U.-F. Tanbe, Ludwig Quidde, Kallmünz 1963, passim.

Beschluß eine katholisch-internationale Universität errichtet worden⁶³, die von interessierten Kreisen auch außerhalb der Schweiz, insbesondere vom deutschen und polnischen katholischen Adel, kräftig unterstützt wurde. Es sei erwähnt, daß u. a. der spätere Kardinal Graf Galen und zwei seiner Brüder in Fribourg studierten. Der Schweizer Nationalrat Dr. Decurtins, ein vielgenannter Sozialpolitiker, bereiste 1889 Deutschland, um Gelehrte für die neue Universität zu gewinnen. Eine größere Anzahl jüngerer Dozenten, die sich aus verschiedenen Gründen im Reich keine besonderen Chancen ausrechnen konnten, entschlossen sich, dem Ruf Folge zu leisten, darunter ein später international berühmter Gelehrter, der Sprachforscher Wilhelm Streitberg⁶⁴. Als Historiker vom Fach zählte zu dieser Gruppe der Westfale Adolf Gottlob, geb. 1857 zu Volkmarsen⁶⁵, der während der 80er Jahre in Italien Archivstudien getrieben hatte. Seine Ergebnisse legte er, ein Spezialist für Kirchengeschichte und Kirchenrecht des späten Mittelalters, später in seinen Untersuchungen über die Servientaxe im 13. Jahrhundert und über Kreuzablaß und Almosenablaß^{65a} vor. Er habilitierte sich 1891 in Fribourg und wurde dort 1895 zum a. o. Professor für Wirtschaftsgeschichte und historische Nationalökonomie ernannt. Gottlob stand im Schatten des temperamentvollen und menschlich sehr originellen Germanisten Franz Jostes⁶⁶, geb. 1858 zu Glandorf, dessen Leistungen man mit gleichem Recht der Kulturgeschichtsschreibung wie der (von ihm primär historisch aufgefaßten) Philologie und Literaturwissenschaft zuordnen kann.

Jostes wie Gottlob entstammten einer anderen Schicht als die dem Großbürgertum und dem höheren Beamtenstand zuzurechnenden Männer vom Schlage Fickers, Schultes, Druffels und Stieves. Sie waren aus ländlichen und kleinbürgerlichen Familien hervorgegangen und blieben diesem Milieu, der Welt der kleinen Leute, die zusammen mit dem Klerus und dem Adel den Kulturkampf durchgestanden haben, zeitlebens verbunden. Die inneren Konflikte, die eine sozial und intellektuell weltläufigere Schicht mit sich auszumachen hatte, sind Männern wie Jostes und Gottlob oder auch dem aus

⁶³ Zur Geschichte der Universität Fribourg vgl. Die Universität Freiburg, Basel 1939; Universitas Friburgensis Helvetiorum, Fribourg 1954; K. Fry, Kaspar Decurtins: Der Löwe von Truns, 2 Bde., Zürich 1949–52; W. Schönenberger, Unsere katholische Universität (Civitas 4, 1948/49 S. 77–85); O. Vasella, Georges Python (Civitas 4, 1948/49 S. 473–85); ders., Die Universität Freiburg und der schweizerische Katholizismus (Civitas 5, 1949/50 S. 133–139).

⁶⁴ Vgl. B. Porzig, Wilhelm Streitberg (Biographisches Jahrbuch für Altertumskunde 48, 1928 S. 63 f.).

⁶⁵ Die einzigen mir über ihn als Gelehrten zur Verfügung stehenden Quellen waren das Universitätsalbum im Universitätsarchiv Münster sowie der Nachruf von Stutz in ZRG Kanonist. Abt. 20, 1931, S. 722. – Dem Taufbuch der Gemeinde Volkmarsen ist zu entnehmen, daß Gottlobs Vater Sattler gewesen ist.

^{65a} A. Gottlob, Die Servientaxe im 13. Jahrhundert. Eine Studie zur Geschichte des päpstlichen Gebührenwesens, Stuttgart 1903 (Nachdruck Amsterdam 1962) und ders., Kreuzablaß und Almosenablaß. Eine Studie über die Frühzeit des Ablasswesens, Stuttgart 1906 (Nachdruck Amsterdam 1965).

⁶⁶ W. Schulte-Kemminghausen, Franz Jostes (Westfälische Lebensbilder, hrsg. v. Steffens u. Zuborn, VII, Münster 1959 S. 181–198).

gleicher sozialer Umwelt hervorgegangenen Heinrich Finke⁶⁷ aus Krechting wohl nicht erspart geblieben, aber sie nahmen bei diesen Akademikern der ersten Generation, die in der volkstümlichen westfälisch-katholischen Tradition noch stark verwurzelt waren, nicht die gleiche Schärfe an wie bei der innerhalb des gebildeten Mittelstandes elitären Altkatholikengruppe. Es bedeutet eine Bereicherung der Gelehrtengeschichte, wenn sie über die Esoterik des akademisch-beamtenhaften Milieus hinausführt und Ausblicke in andere gesellschaftliche Zonen eröffnet. Hinter Persönlichkeiten wie Jostes, Gottlob und Finke tritt für den Sozialhistoriker die »Provinz« ins Blickfeld, die Masse der Zentrumswähler, die sich mehr von der kirchlichen als von der staatlichen Fassung des öffentlichen Lebens angezogen fühlte. Die Zahl der Aufstiegsfamilien aus dieser bäuerlich-kleinbürgerlichen Welt war groß, und ihre Söhne sah man teils als Geistliche, teils in weltlichen Berufen bemüht, sozial und bildungsmäßig einen gewissen Nachholbedarf zu befriedigen. Sie führten jene Emanzipation ihres Bevölkerungskreises schrittweise herbei, die nur von innen her zu erreichen war.

Ganz abgesehen von ihren schlechten Berufsaussichten in Preußen mochte es Jostes und Gottlob bei der Annahme der Rufe nach Fribourg reizen, sich an einem Experiment zu beteiligen, das im Falle des Gelingens von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung des katholischen akademischen Lebens werden mußte. Die Dinge ließen sich zunächst gut an, und noch 1889 konnten die Juristische und die Philosophische Fakultät eröffnet werden. Mit Eifer machten sich die Reichsdeutschen ans Werk. Jostes fungierte sogar als Gründungsrektor, eine Position, die sich in der Realität allerdings dürftig genug ausnahm. Im Laufe der folgenden Jahre kam es dann zu wachsenden Unzuträglichkeiten. Diese betrafen die mangelnde finanzielle und sachliche Ausstattung, nationale Mißhelligkeiten zwischen deutschen und nichtdeutschen Gelehrten und vor allem eine gewisse vom Kanton unterstützte Suprematie der die Lehrstühle der Theologischen Fakultät besetzenden Dominikaner innerhalb der Gesamtuniversität. Jostes führte einen der barocken Züge nicht entbehrenden Kampf gegen die Freiburger Vertreter des Ordens. Als die deutschen Gelehrten erkennen mußten, daß sie gegen das dominikanische Element nicht aufkamen, entschlossen sie sich zu einem spektakulären Schritt: mit dem 9. XII. 1897 legten acht reichsdeutsche Professoren ihre Ämter nieder und verließen die Universität, ohne einen Ruf nach auswärts erhalten zu haben. Es folgten Presse- und Broschürenfehden⁶⁸; in Rom nahm man gegen die deutschen Gelehrten Stellung. Die Lektüre der Schriften zur

⁶⁷ Heinrich Finke in: Die Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hrsg. v. S. Steinberg, Lpzg. 1925 S. 91–128.

⁶⁸ Denkschrift der aus dem Verbands der Universität Freiburg in der Schweiz ausscheidenden reichsdeutschen Professoren, München 1898. – Die Universität Freiburg in der Schweiz und ihre Kritiker. Antwort auf die Denkschrift der acht aus dem Verband der Universität ausgeschiedenen Professoren. Hrsg. im Auftrag der Direktion des öffentlichen Unterrichts, Freiburg 1898. – Herr Python und die Universität Freiburg in der Schweiz. Replik der aus dem Verbands der Universität ausgeschiedenen reichsdeutschen Professoren, Mchn. 1899.

Freiburger Kontroverse ist auch heute noch wissenschaftsgeschichtlich von Reiz. Nicht nur daß die Art und Weise, wie die Polemik geführt wurde, aufschlußreich für den hochschulpolitischen Argumentationsstil des endenden 19. Jahrhunderts ist! Sie vermittelt auch allgemein gültige Erkenntnisse über die Schwierigkeiten von Universitätsgründungen und nicht zuletzt über die Problematik konfessioneller Universitäten, ein Thema, das zu den wichtigsten in der Geschichte des akademischen Katholizismus im 19. Jahrhundert zählt.

Vielleicht darf man den Schritt Jostes' und seiner Kollegen, der in der deutschen Wissenschaftsgeschichte in Vergessenheit geraten ist und der mit nicht geringen persönlichen Opfern und Risiken verbunden war, als ein Bekenntnis zu dem auslegen, was man heute als Pluralismus der Lehrmeinungen und des Lehrangebots bezeichnet. Für Jostes persönlich ist es charakteristisch, daß ihn seine Erfahrungen mit den Dominikanern von Fribourg nicht zum Antiklerikalen werden ließen; er hat nur später seine Sympathie ostentativ den Franziskanern zugewendet. Jostes konnte in die Akademie Münster zurückkehren, doch dachte man preußischerseits nicht daran, ihn seiner Stellung in Fribourg entsprechend zu versorgen. Er hatte wieder als Privatdozent anzufangen und hat sich dann an Ort und Stelle Schritt für Schritt zum Ordinarius und Geheimen Regierungsrat hinaufgedient. Gottlob hat sich nach langjährigem Dasein als Privatgelehrter 1908 in Münster neu habilitiert und erhielt daraufhin den Professortitel. Seit 1921 wirkte er als Honorarprofessor an der Universität Münster, seit 1927 an der Universität Breslau.

Man könnte sich eine großzügigere Regelung der akademischen Unterbringung vorstellen, als sie den Heimkehrern aus Fribourg zuteil wurde. Gleichwohl lassen die Begleitumstände der Rückkehr erkennen, daß der Kulturkampf seit längerem im Abbau begriffen war. Wenn sich der Staat und der katholische Teil der Bevölkerung wieder einander annäherten, so wurde dies nicht zuletzt dadurch erleichtert, daß ein starkes Nationalbewußtsein zunehmend auf Kosten des landschaftlich-konfessionellen Selbstbewußtseins an Raum gewann. Im Gegensatz zu der Generation von Bucholtz und auch noch derjenigen Fickers war dieses Nationalbewußtsein nicht mehr primär retrospektiv, noch wandte es sich unter Übersprungung der unmittelbar gegebenen staatlichen Wirklichkeit einem in der Zukunft liegenden besseren und größeren Deutschland zu, sondern es konzentrierte sich realistisch auf das *hic et nunc* des Hohenzollernreiches. Wie aus den Kontroversschriften anlässlich ihres Weggangs aus der Schweiz hervorgeht, fühlten sich die deutschen Gelehrten an der Universität Fribourg primär als Deutsche, als Reichsdeutsche. Taktlosigkeiten, die ein französisches Mitglied des Lehrkörpers bei Gelegenheit eines Toasts auf den deutschen Kaiser beging, oder gar die Tatsache, daß das Regierungsorgan von Fribourg bei der Aufzählung der Studierenden nach Nationalitäten die Deutschen und die Elsaß-Lothringer gesondert aufführte, erfüllten Jostes und seine Getreuen mit Empörung. Die nationalpolitische Tätigkeit, die Jostes während des I. Weltkriegs entfaltet hat, zeigt vollends, wie rückhaltlos sich dieser Mann auf den Boden des

Kaiserreichs gestellt hatte⁶⁹. Und was für ihn gilt, gilt mehr oder minder für seine ganze Generation, z. B. für zwei so namhafte westfälisch-katholische Historiker wie Heinrich Finke und Alois Schulte⁷⁰. Finke schreibt in seiner Autobiographie: »Die Siege von 1864, 1866 und 1870 waren so unauslöschlich in die junge Seele geschrieben«⁷¹, und er schildert, wie sehr es ihn bedrückt hat, daß durch die Ereignisse des Kulturkampfes ein Keil zwischen patriotisches Empfinden und konfessionelles Bewußtsein getrieben wurde, während er doch unangefochten Katholik und Patriot zu sein wünschte. Finke wie Schulte hatten in ihrer Eigenschaft als katholische Historiker noch Schwierigkeiten, und sie wurden in Konflikte verwickelt. Nur ist es indessen zunehmend weniger eine mißgünstige Obrigkeit als der antiultramontane Teil der öffentlichen Meinung, ihrer Berufskollegen und der parteipolitischen Gruppierungen gewesen, mit denen sie aneinander gerieten. Wie der politische Katholizismus des 19. Jahrhunderts im ganzen als Demokratisierungsphänomen zu beurteilen ist, so unterlag auch der Antiultramontanismus einem durchgängigen Demokratisierungsprozeß. Der Staat als solcher und die ihn repräsentierenden Schichten trieben in Fragen der konfessionellen Minorität und ihrer Behandlung in der Endphase der Monarchie eine entgegenkommendere Politik als früher – gewiß hauptsächlich aus Gründen des Respekts vor der politischen Macht des Zentrums –, und dies erleichterte die Integration der katholischen Intelligenz in das Hohenzollernreich. Als Alois Schulte als Mitarbeiter Paul Scheffer-Boichorsts sich in Straßburg ausbilden konnte, ließ er sich ganz von der Atmosphäre der alten Reichsstadt und von dem politischen Hochgefühl, in wiedergewonnenem Reichsland tätig zu sein, gefangen nehmen. Max Braubach bemerkt dazu: »Wie er mit dem Lehrer und dem Gefährten durch dies Land am Oberrhein zog, hat ihn vor allem eine Begeisterung für Nation und Reich ergriffen, die alle bösen Erinnerungen der Kulturkampfzeit über den Zauber des rheinischen Symbols deutscher Einheit und Größe vergessen ließ: bis an das Ende seiner Tage ist sie um ihn lebendig geblieben«⁷². Schon ein flüchtiger Überblick über Schultes wie Finkes wissenschaftliches Lebenswerk läßt erkennen, wie stark der vaterländische Impuls beider daran beteiligt gewesen ist.

Schließlich vertiefte sich mit der Zustimmung zu Kaiser und Reich auch das Vertrauensverhältnis des ehemals hochstiftischen Westfalen zum preußi-

⁶⁹ Näheres darüber müßte einer von P. Schöller, Ungedruckte Dissertationen über Westfalen aus den Jahren 1942–1947 (Westf. Forschungen 1, 1956 S. 201) erwähnten Doktorarbeit von H. Kowter, Die Westfälische Wilhelms-Universität zu Münster während des Weltkrieges u. der Novemberrevolution (1914 bis 1919), Münster 1944, zu entnehmen sein, die jedoch nicht auffindbar war. – Vgl. F. Jostes, Die Flamen im Kampf um ihre Sprache und ihr Volkstum, Münster 1916.

⁷⁰ Vgl. Anm. 67 und M. Braubach, Alois Schulte und die rheinische Geschichte, Bonn, 1957; ders., Alois Schulte (Westfälische Lebensbilder, VII, Münster 1959 S. 158–180); ders., 150 Jahre Rheinische Friedrich-Wilhelm-Universität, a. a. O. S. 299–310; ders., Zwei deutsche Historiker aus Westfalen. Briefe Heinrich Finkes an Alois Schulte (Westf. Zschr. 118, 1968 S. 9–113); ders., Zwei deutsche Historiker aus Westfalen (Ein Nachtrag), Westf. Zschr. 120, 1970 S. 239–244.

⁷¹ Finke, a. a. O. S. 93.

⁷² Braubach, Westfälische Lebensbilder, S. 162.

schen Staat, sobald der Kulturkampf im wesentlichen abgeklungen war (ganz schwand die Erinnerung daran allerdings nie). Abgesehen von der Macht der Gewohnheit, die bei über hundertjähriger Zugehörigkeit zu einem Staatswesen beträchtlich in Anschlag zu bringen ist, abgesehen auch von den nicht zu unterschätzenden Loyalitätsbeziehungen, die der Militärdienst begründete, lassen sich in Westfalen nicht wenige Symptome einer auch inneren Zuwendung zur preußischen Monarchie feststellen⁷³. Das Verhalten Westfalens in der Zerreißprobe der Jahre 1918/19 und nicht zuletzt die Loyalität, die Brüning und andere westfälische Politiker und Staatsmänner nicht nur dem Staate Preußen, sondern sogar der Hohenzollerndynastie gegenüber bewiesen haben⁷⁴, lassen Rückschlüsse auf den Grad der Integration ziehen, der innerhalb der Provinz erreicht worden war.

Damit haben wir aber bereits die Grenzen eines Zeitraums überschritten, den wir durch die französische Revolution und den I. Weltkrieg als Anfangs- und Endpunkt abgesteckt haben. In seinem Verlauf haben wir ein Stück Gelehrten-geschichte verfolgt, dessen landschaftliche Bezogenheit durch die auswärtige Lehrtätigkeit der in Betracht kommenden Gelehrten nur um so deutlicher hervorgehoben werden sollte.

⁷³ Dies wurde durch die preußische Personalpolitik der wilhelminischen Ära erleichtert. Die Wiedererrichtung der Universität Münster und der Kaiserbesuch in Münster 1907 haben ebenfalls dazu beigetragen, das Verhältnis zu verbessern. Das Echo auf seiten der Provinz Westfalen zeigt sich z. B. in der Benennung von Straßen, von Gaststätten (Kaiser-Friedrich-Halle), von Vereinen (SC Preußen Münster).

⁷⁴ H. Brüning, Memoiren, Stuttgart 1970, passim.